

Erscheint täglich außer Montags, Donnerstags, Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6409.

Anfertigungs-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Verlags- und Veranlagungs-Angelegen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Weuth-Strasse 2.

Sonntag, den 14. Februar 1891.

Expedition: Weuth-Strasse 3.

### Die neue Doppelanleihe.

Die unliebsamen Erfahrungen, welche die Reichsregierung mit ihrer letzten dreiprozentigen Anleihe gemacht hat, sind bekannt. Die großen Bankhäuser, welche die Emission des Papiers vermittelten, haben einen sehr erheblichen Bruchteil der Februaranleihe für sich behalten müssen, das laufende Publikum hielt sich sehr zurück. Die Ursachen für diese Erscheinung, die im schroffen Gegensatz zu dem ruhmredigen Gerede von der Macht und Größe des Deutschen Reiches und dem verlogenen Schwindelpatriotismus unserer bürgerlichen Klassen steht, sind wirtschaftlicher Natur.

Die Vaterlandsliebe des Kapitalisten ist eine variable Größe, sie wächst und bekundet sich als urwüchsig-handgreiflich positiv stets und allerorten, wo die in Markt und Pfennigen ausdrückbare Belohnung dieser Tugend eine rentierliche ist. Sie wächst in gleichem Grade mit der Zunahme dieses Gewinnes, sie schrumpft zusammen im gleichen Verhältnis, in welchem die Aussicht auf künftigen Profit sich verringert, sie verdunstet wie ein Tropfen auf heißer Platte, sobald für den guten Bürger nichts zu holen ist. Dieser Patriotismus ist luchsäugig in der Beurteilung der ökonomischen Verhältnisse, und seine Scheu vor Verlusten überwindet alle Hindernisse, welche das simple Schamgefühl und die so vielgepriesene nationale Ehre ihm in den rosenbestreuten Weg stellen könnten. Der deutsche Bourgeois knöpfte sich 1870 die Taschen zu, als die erste Kriegsanleihe aufgelegt war, derselbe Wiedermann gab willig seine Goldfische für französische Rententitel hin, denn nichts ist heilig als der „Rebbach“, nichts ist wichtiger, als die sichere Anlage der Kapitalien.

Die Käufer von Staatspapieren bestehen, wie alle anderen Interessentengruppen der Besitzenden, auf ihrer „angemessenen Rente“. Es ist ihr Augenmerk darauf gerichtet, nicht bloß eine Schuldverschreibung zu erhalten, die durch die besten Bürgschaften gedeckt ist, sondern auch einen möglichst hohen Zinsextrag zu beziehen. Die Sicherheit, welche eine Staatsobligation bietet, ist ein Lockmittel, groß genug, um diejenigen Schichten, für welche in erster Reihe derartige Effekten bestimmt sind, zu fesseln. Die Pensionäre, die Rentner, welche dem Kreise des Kleinbürgerthums und der mittleren Klasse angehören, suchen ihr Kapital in solchen Papieren anzulegen, die ihnen einen ruhigen Zinsgenuss ermöglichen. Sie sind nicht in der Lage und nicht befähigt, auf große, riskante Geld-

geschäfte sich einzulassen: in der Regel bedürfen sie der zu bestimmten Terminen in ein für allemal bestimmter Höhe fließenden Zinsen, um den Bedürfnissen zu genügen, welche der Lebensmaßstab ihrer gesellschaftlichen Gruppe an sie stellt. Diese soziale Schicht ist dieselbe, welche politisch als die naive-reaktionäre sich kennzeichnen läßt; sie ist bereit, Alles zu billigen und zu gewähren, was ihr die Möglichkeit eines stumpfen Phäakendaseins garantiert. Sie ist aufs innigste mit dem Geschehe des Staates verknüpft, dessen Bestand in seiner jetzigen Gestalt den Bestand ihres Rentnerthums bedeutet. Oder zu bedeuten scheint; denn thatsächlich löst sich auch diese Teilgruppe des Klein-Kapitalismus nach und nach auf, um lebensfähigeren, d. h. stärkeren, mächtigeren wirtschaftlichen Existenzen das Feld zu räumen.

Der Staat selbst arbeitet daran, jene Elemente, welche auf ihn so sehr angewiesen sind, in die Enge zu treiben und den Nahrungsspielraum für die Kleinbürgerlichen Sozialenwirths, die unproduktiv als Zinsgenießlinge am sozialen Körper ihr Schmaroherdasein führen, stetig zu verkleinern. Das moderne Gemeinwesen, erdrückt durch die lawinenhaft anschwellenden Anforderungen seines Haushalts, das dem Militarismus ungezählte Millionen opfert und den bevorrechteten Klassen Steuergeschenke nach Herzenslust in den Schooß wirft, ist natürlich gezwungen, die Kunst des Schuldenmachens bis zur Vollkommenheit auszubilden. Das System der indirekten Steuern, das die breiten Massen belastet, das System der kapitalistischen Ausbeutung, das die Armen schindet, um die Reichen noch reicher zu machen, ist verknüpft mit der verfeinerten Technik des Pumps, der dem Staatshaushalt auf die Beine helfen soll, indem er den Volks haushalt zu Grunde richtet.

Aber die Zinsenlast der Staatsschulden wird immer drückender, und so eifrig die Steuerpolitiker darauf aus sind, der armen Steuerzahlenden Weis den letzten Pfennig auszuquetschen, so geht das nur bis zu einem gewissen Punkt. Man kann Jemand bis aufs Hemd ausplündern, man kann ihm auch noch das Hemd nehmen, aber es lohnt sich nicht, ihm auch die Haut abzuziehen. Dieser Artikel ist nicht marktgängig, d. h. im Steuergeschäft nicht. Auf dem Kriegsschauplatz und im Produktionsprozeß kommt der Mensch, der ganze Mensch, pur et simple, ganz und gar mit Haut und Haaren in Betracht. Der steuerzahlende Unterthan aber kann nicht mehr leisten, als er in direkten Abgaben zu entrichten, indirekt durch Verbrauchsabgaben zu liefern vermag.

Braucht also der Staat Geld, Geld und nochmals Geld, so muß er andererseits dafür sorgen, daß er seine

Anleihen nicht zu hoch verzinsen muß. Daher die Tendenz, alte Anleihen mit höherem Zinsfuß zu konvertieren, das heißt in solche mit niedrigerem Zinsfuß umzuwandeln, und ferner neue Anleihen von vornherein zu einem niedrigeren Zinsfuß zu emittieren. Und hier beginnt der Zwiespalt mit den Leuten, welche sich bereit finden lassen, Gläubiger des Staates zu werden, mit denen, die ihr Heil in Staatspapieren suchen. Der Konflikt ist ein selbstverständlicher und muß in dem Augenblicke zum Ausbruche kommen, in welchem die „angemessene Rente“ der Staatsschuldverschreiber in Gefahr kommt. Wir haben bereits vorherhin auseinandergesetzt, welche Kreise das Hauptkontingent dieser Rentner stellen, und es ist vom Kleinbürgerlichen Standpunkte durchaus gerechtfertigt, wenn lauter und eindringlicher Widerspruch gegen die ewigen Konversionen und gegen die neuen Anleihetypen erhoben wird, die mit drei vom Hundert aufwarten. Die Unzufriedenen machen geltend, daß sie nicht im Stande sind, mit dem verkleinerten Einkommen „standesgemäß“ zu existieren in einer Periode, die sich durch eine Vertheuerung der notwendigen Lebensmittel unvortheilhaft auszeichnet und die Ausgaben tagtäglich steigert. Dieser Kampf der Rentner um's Dasein ist ein anziehender Einzelakt aus dem sozialen Drama der Zerfetzung des Kleinbesitzes.

Es erhellt, daß die kleinen Kapitalisten sich nicht damit begnügen, durch ihre Presse der Regierung ernste Verweise zu ertheilen und den Nicht-Arbeiterschutz als dringende soziale Reform zu bezeichnen. Sie machen Front gegen die Reduktionsgelüste des Staates, indem sie sich ihrer Obligationen entledigen und indem sie ihn in Stich lassen, wenn er von Neuem an den auf Zinsbezug geachteten Patriotismus der loyalen Bürger appellirt. Der Mißerfolg der im vorigen Jahre aufgelegten Anleihen zu einer Zeit, wo das Geld auf der Straße lag, wo es abenteuerlustig sich in alle möglichen Unternehmungen und Gründungen einließ und fünf gerade sein ließ, wofür nur ein Schritt gemacht werden konnte, dieser Mißerfolg ist bezeichnend für die Taktik, welche die bisherige Rundschaft des Reichs zu befolgen beliebt. Der dreiprozentige Typus reizt den deutschen Spießbürger nicht mehr, weil zu wenig dabei abfällt.

Und nun vollzieht sich der Vorgang, der als unvermeidlich sich darstellt, die Auswanderung der Kapitalien aus dem Bannbezirke der Staats-, der Reichsschulden. In der Brust des Philisters klopft die Angst um die Sicherheit mit der Bier nach höherem Gewinne, mit dem sozialen Zwange, sich das zur Befriedigung der spießbürgerlichen Genußsucht erforderliche Einkommen zu verschaffen. Die Furcht ist groß; es handelt sich um Moses und die Propheten, um den Grund-

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.

138

### Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Die Verwunderung erzeugt Interesse, und das Interesse erzeugt Träume. Ebenso sieht es bei den Knaben. Und der Unterricht wird in der Regel ihnen nicht viel helfen.“ — „Das ist wahr.“ — „Das erste, was man thun muß,“ fuhr er fort, „ist, daß man das ganze Schulwesen abschafft. Haben Sie jemals etwas so Idiotisches gehört — durch ein Gesetz vorschreiben, daß alle das und das zu lernen haben, und so und so viel von dem und dem, und gerade in der und der Zeit, und auf die und die Art... es ist wie die alten Wunderdoktoren, welche die gleiche Medizin für alle Krankheiten und das gleiche Quantum für jeden Patienten verschrieben... probatum est! sagten sie; ja freilich war es probat!“ — „Ja, aber wenn es freistünde, so gebe es gewiß viele, die nichts lernen wollten.“ — „Ja wohl, alle, die keinen Drang danach fühlen, aber diese sollen auch nichts lernen! Sie sollen warten, bis der Drang kommt; derselbe wird schon kommen, und da schaffen sie sich die notwendigen Kenntnisse selbst. Das Einzige, was ich wirklich weiß, habe ich lange, nachdem ich aus der Schule trat, allein gelernt.“ — gottlob, da konnte vielleicht auch sie —! — „Und niemand soll sich mit Unterweisung befassen, außer wer den Beruf dazu sieht. Ich habe zu meiner Zeit nur einen einzigen Lehrer gekannt, der sich auf die Sache verstand.“ — „Im Grunde habe ich wohl

auch nur eine solche Person gekannt... eine Frau Rahes in Kristiansborg; vielleicht kennen Sie sie?“ — „Ja, sie wurde ja abgeschafft!“ — „Sie kam mit dem dortigen Geistlichen überquer, glaube ich.“ — „Natürlich!“ sagte er mit seinem allerstiefsten Zähneln; „gibt es im Lande etwas Hoffnungsvolles, ohne daß dessen Geschichte mit den kurzen Worten endet: — dann aber kam der Pastor!“ — Seine Stimme verlor sich hoch oben in der Fistel.

Er gerieth in Begeisterung darüber, daß sie in einem Laden stand; es sei unsere größte Zukunftshoffnung, daß das Weib nun beginne, selbständig zu werden. Und all die herrliche Kraft, welche da brach lag. Edle, große Kraft, die man nicht anders anzuwenden gewußt, als zum Kochen und Strampfstopfen... Und dann uns Männern das Leben zu verschönern, uns, die wir uns ja doch das Leben selbst schön machen konnten... Wie war jemandem größere Herabwürdigung zugesüßt worden, als sie dem Weibe gegenüber in Übung stand. Man hatte die Frau beschmuht, unterdrückt, verdorben; man hatte sie von Grund aus demoralisirt, sie als Spielzeug, als Lastthier, als Maitresse benützt, sie immerfort nur benützt, sie niemals selbst leben lassen, ihr nie gestattet, selber Mensch zu sein... Abermann redete sich heiß, Helga Thorsen mischte sich mit energischen Worten ein; neue Ansichten öfneten sich von allen Seiten vor Janny. Gott war sie beschränkt gewesen! Hatte sie armselige, elende Begriffe von allem gehabt! Wie eine Gans und eine Thörin hatte sie gelebt; sie hatte von gar nichts irgend eine Idee gehabt, nicht einmal von der eigenen Würde. Es bedeutete wohl mehr, ein Mensch zu sein, als sie bisher gewußt. Ach, wie glücklich war sie, endlich Menschen gefunden zu haben; bei ihnen wollte sie in

die Schule gehen; nun stand sie vor dem Höchsten; das fühlte sie.

Am nächsten Abend traf sie Kas; er war nicht im mindesten beleidigt. Denkt Euch, — nicht einmal eifersüchtig konnte sie ihn machen! — Er begann sein gewöhnliches Gerede; Janny dankte es fast langweilig. „Ich muß Ihnen nur erzählen, ich hatte heute Nachmittag nichts Meinetes zu thun; ich ging herum und mospfte mich, bis es etwa fünf Uhr war; da hatte ich endlich einen vernünftigen Einfall; du könntest ja zu Gabriel hinaufschauen, sagte ich mir, und wie gesagt, so gethan; ich ging hinauf; aber da, ich versichere Ihnen, war ich überrascht; denken Sie sich, ich fand ihn daheim! Allein, dies hatte natürlich seine Ursache; das Schwein war noch nicht auf; keine Spur; es lag und schlief wie ein junges Hündlein. Na, so hob es denn ein bißchen den Kopf und sah nach, was gekommen sei; und als es meinte, ich sei es, sagte es natürlich: „Hah! zua Hölle; komm mit ma, sagte ich...“ Sie hörte nicht mehr zu. Natürlich! Da kam Oreste. Er wußte ihr wie gewöhnlich; Janny wurde rasend; auf dem ganzen Heimweg sprach sie kein Wort. Sagen Sie, Fräulein Holmsen, sind Sie heute abends frei?“ fragte Kas. „Nein, ich gehe in den Arbeiterverein!“ versetzte Janny. — „Br! Sind Sie langweilig geworden... und dann dieser elchastige Arbeiterverein!“

Sie war nun oft böse auf Kas und steckte daher beständig bei ihren neuen Freunden. Sie wurde zu Helga Thorsens „Junggesellenabend“ geladen, den auch Ullermann besuchte; das waren die ausgezeichnetesten Menschen, die sie jemals kennen gelernt, und man unterhielt sich, obgleich sich im Spiele Ernst barg. Traf sie dann Kas wieder, so konnte sie ihn fast nicht leiden. Sein Reden war abgeschmackt, seine

und Klein des ganzen Kentnerdaseins. Aber, wie der Schneider zu Herrn v. Talleyrand sagte, als der sich über eine allzufasliche Forderung beschwerte: „Man muß leben, Monsieur!“ Wenn der Großbürger durch Schutzölle und Ausfuhrvergütungen, durch Auswucherung der Landarbeiter und der Fabrikproletarier, durch Handel und Börse sich bereichert, er, warum soll der kleinbürgerliche Piepmeier nicht auch seinen Anteil haben? Piepmeier ist bescheiden, Piepmeier ist ein treuer Unterthan, Piepmeier wählt regierungsfreundlich. Man hüte sich, ihn wild zu machen.

## Briefe aus England.

London, den 9. Februar, 1891.

Parlamentarische Balancen werden hier in England mit einer Geschwindigkeit erledigt, die manchmal wirklich das Wort „blitzartig“ verdient. Kaum ist das Grab über Charles Bradlaugh geschlossen, so ist auch schon die Neuwahl ausgefallen, und diesen Donnerstag wird sich bereits entscheiden, wer an Stelle des malhusianischen Freidenkers für die Dauer des gegenwärtigen Parlaments die Ehre haben wird, neben Herrn D. Labouchere im Haus der Gemeinen oder Gemeinden — der Sinn des Wortes commons läßt Beides zu — Northampton zu vertreten. Eine größere Frigidität ist wirklich nicht gut denkbar.

So kurz der Wahlkampf sein wird, so wird er doch nicht ohne Interesse sein. Beide großen Parteien sind bereits mit ihren Kandidaten ins Feld gerückt, die Liberalen mit einem Vertreter der in Northampton hauptsächlich ausgeübten Industrie, der Schuhwaren-Fabrikation. Natürlich ist es kein simpler Arbeiter, sondern ein Unternehmer, und ein „schwerer“ dazu. „Uderman“ Mansfield ist einer der größten Fabrikanten von Northampton, reichlich, hat bereits die Würde des „Mayor“ der Stadt bekleidet und sich bei Streiks als Vorsitzender von Schiedsgerichten eine gewisse Popularität in Arbeitertreuen erworben. Die Liberalen schlossen an alledem, daß ihnen mit einem solchen Kandidaten der Sieg sicher sein müsse. In der guten alten Zeit hätte die Rechnung wohl auch gestimmt. Aber leider ist ein neuer Geist in die englischen Arbeiter geblühen, und es wehrt sich die Zahl derer unter ihnen, die sich mit bloßem ökonomischen Wohlstand nicht zufrieden lassen, sondern im Gegentheil von solchem Wohlstand unabhängig zu sein wünschen. Diese haben Herrn Mansfield interpelliert, wie er sich zur Frage des Achtundsechziges und anderen Arbeiterforderungen stellt, und da seine Antwort unbefriedigend lautete, so haben sie beschlossen, ihm einen eignen Kandidaten gegenüber zu stellen. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Föderation und der Soc. re. Arbeiter-Union in Northampton einigten sich, Dr. Edw. Keeling die Kandidatur anzutragen, und dieser hat nach einigem Bedenken eingewilligt, den Wahlkampf auszuheben. An einen Wahlsieg ist nach Lage der Dinge gar nicht zu denken, das Neugeborene, was erreicht werden kann, ist die Wahl des Liberalen zu verhindern. Bradlaugh hatte 1885 und 1889 den Lohn mit etwas über 500 Stimmen Mehrheit geschlagen. Gehen diese 500 Stimmen, oder, da sich die Zahl der Wähler inzwischen vermehrt hat, eine entsprechende Anzahl Stimmen von dem Kandidaten der Liberalen auf den der Sozialisten über, so heißt das den Verlust des Wahlsieges für die Liberalen, da bei den Parlamentswahlen hier das relative Mehr entscheidet.

Bei den Verhältnissen in Deutschland hätte eine Wahlaktive, deren einziger Erfolg darin bestehen kann, einen Liberalen durch einen Konservativen zu ersetzen, absolut keinen Sinn. Hier ist die Zeit die einzig mögliche und allgemein zugestandene. Es ist die Politik, durch die Barnett Gladstone gezwungen hat, Home Rule in sein Programm aufzunehmen. Nur dadurch, daß sie den Liberalen zeigen, daß sie entschlossen sind, gegebenenfalls ihr Stimmrecht gegen sie auszusprechen, können die Arbeiter es durchsetzen, ihre Forderungen in den Vordergrund gerückt zu sehen, nur dadurch die Liberalen zu weiteren politischen und ökonomischen Konzessionen bewegen. Und da die allgemeinen Wahlen schwerlich noch lange auf sich warten lassen werden, so erhält die Arbeiterkandidatur dadurch eine noch größere Bedeutung.

Die Frage ist nur, ob die Arbeiter in der kurzen Zeit das nötige Geld für den Wahlkampf aufzubringen werden, bzw. werden angestrichen haben, denn schon heute (Montag) findet die „Nomination“, d. h. die amtliche Registrierung, der Kandidaten statt, und für jeden Kandidaten muß die Summe von 100 Pfd. = 2000 M. zur Deckung der amtlichen Wahlkosten hinterlegt werden, die auf jeden Fall „verloren“ ist. Da die Wahlen, bzw. das Stichwählen-sollen Generationen hindurch ein Privilegium der Reichen war, so hat sich die Sitte herausentwickelt, daß der Kandidat selbst diese Summe aus seiner Tasche bezahlt und auch die sonstigen Wahlkosten selbst deckt. Davon kann bei einem Proletarier der Feder wie Keeling natürlich nicht die Rede sein, die Arbeiter aber, denen die Wahl ganz überraschend kam, sind ganz ohne Fonds, und da die Ge-

schäfte in Northampton in der letzten Zeit sehr schlecht gingen, so war es, bei der kurzen Zeit, die ihnen gelassen, kein kleines Unternehmen, die Ausbringung der Summe zu versuchen. Dagegen haben sie es, nachdem Keeling gestern in zwei großen Versammlungen unter freiem Himmel sein Programm entwickelt, in die Hand genommen und wenn es gelingt, wird Keeling heute nominirt werden — wenn nicht, wird diesmal die Wahl zu Agitationversammlungen ausgenutzt, dagegen sofort ein Wahlfonds für die bevorstehenden allgemeinen Wahlen angelegt werden. Keeling's Programm war natürlich das sozialdemokratische. Auf die Lebensart, daß die Forderung der Vergesellschaftung von Grund und Boden und Produktionsmitteln seine „aktuelle“ sei, erwiderte Keeling, sie werde eben dadurch aktuell und erhalte eine praktische Bedeutung, daß sie als Wahlprogramm aufgestellt werde.

Für die engeren Freunde Bradlaugh's erhält die Auffstellung Keeling's an dem Ort, den einst ihr Heiliger vertretete, einen doppelt unangenehmen Beigeschmack durch die Thatsache, daß Bradlaugh Keeling nicht nur als Sozialisten, sondern auch sonst mit seinem Haß beehrt hatte. Auch Herr Sandman ist sehr verstimmt darüber, daß trotz des Verständigungsabkommens, den er durch seine Leute gegen Keeling führen ließ, jetzt eine Sektion der eigenen Organisation statt ihn oder einen seiner Getreuen Keeling als Kandidaten erwählt hat. In seiner Wuth sucht er in der neuesten Nummer der „Justice“ die Thatsache umzubringen, als habe Keeling sich den Leuten in Northampton erkauft; es ist ihm aber darauf von der Sektion eine Antwort geworden, die er sich nicht hinter den Spiegel stecken wird.

(Die Wahl hat nunmehr stattgefunden und den Sieg des liberalen Kandidaten zur Folge gehabt. Die Zahl der sozialistischen Stimmen wurde vom offiziellen Drahte nicht gemeldet. Die Redaktion.)

Auf dem Gebiet des ökonomischen Klassenkampfes steht der Streit auf den Docks in Cardiff und den übrigen Häfen von Südwales im Vordergrund des Interesses. Er ist von dem Schiffahrtsverband („Shipping Federation“), der Organisation der großen Schiffsherren, direkt provoziert worden. Sie sandten ein mit lauter Nicht-Unionisten bemanntes Schiff nach Cardiff zur Verladung und setzten dadurch die Arbeiter auf den Docks, Locks in die Zwangslage, entweder ihre Gegenseitigkeitsverhältnisse zur Union der Matrosen und Schiffbrüder zu lösen oder die Verladung zu verweigern. Sie wählten das Letztere, und seitdem hat der Streit weiter um sich gegriffen. Der Marquis von Bute, dem die genannten Docks gehören, ist schleunigst aus Cardiff abgereist — ein von der Frau Marquise veranstalteter profanierender Ball, zu dem 500 Einkaufungen erlangt waren, wurde aus Angst, es möchten sich ungeladene Gäste einstellen, abgesetzt — und die Ausrichtung des Streites dem Vertreter des Marquis, dem „schneidigen“ Emporkömmling W. G. Lewis überlassen. Derselbe soll auch genug Streifsbrecher angeworben haben, um natürlich unter polizeilichem Schutz, die laufenden Arbeiten ausführen zu können. In dem so, so kann man die Anführer der Arbeiter kaum als gütliche betrachten. Die Eisenbahnarbeiter des Distriktes und die Bergleute der benachbarten Distrikte haben erklärt, sich neutral zu verhalten, da sie das Prinzip, neben keinem Nicht-Unionarbeiter zu arbeiten, nicht anerkennen. Ich habe bereits in einem früheren Briefe erwähnt, daß auch ich es für ein zweischneidiges Schwert halte. In gewissen Arbeitszweigen mag es indes die unerlässliche Bedingung für den Bestand und die Aktionsfähigkeit der Organisationen sein.

Im Ganzen ist der Schiffahrts-Verband bis jetzt mit seinen Maßnahmen nicht besonders glücklich gewesen. Er hat es sogar fertig bekommen, einen Streik der — was meinen die Leser des „Vorwärts“ wohl? — „Waddeß zu Stande zu bringen. In den Viktoriabocks in Londoner Hafen liegen verschiedene Schiffe der Wilson-Linie, die ihre Adressen von Tag zu Tag verschieben müssen, weil die angemerkten „freien“ Arbeiter sich weigern, von den Bedingungen, unter denen man sie angeworben, sich nachträglich die besten eskamotieren zu lassen. Das ist nicht hübsch von ihnen, denn die „Extravorteile“, die man ihnen versprochen, waren ja bloß der Wein, um Gimpel zu fangen. Und jetzt sollen mit einem Mal die Vogelfänger die Geleiteten sein?

Bei dem Streit zwischen dem Anwerber der freien Arbeiter und der Schiffsherren-Föderation ist es zu arigen Enthaltungen in der Presse gekommen. Danach hat z. B. die Anführung von 82 Tonnen Kohlen auf den Dampfer „Tule of Westminster“ nicht weniger als 90 Schilling pro Tonne gelohnt. Weiter konstatirt „Kapitän“ Robert Arnit — dies der Name des sonderbaren Heiligen — daß die Föderation alle Arbeiter, die sie auf längere Kontakte engagirt hat, herauszunähren sucht und dagegen Arbeiter aus aller Herren Länder, sogar Keger, engagirt. Der gute Mann scheint nicht einzusehen, daß dies ja gerade der Zweck der „Freiheit der Arbeit“ ist, wie sie die Schiffsherren-Föderation erstrebt.

Die redeliebigen Vertreter der Föderation haben die Agitation unter den Landarbeitern begonnen, nachdem sie sich überzeugt haben, daß der Zugzug vom Lande alle ihre Bestrebungen, wie überhaupt die Vermählung, die Arbeitsverhältnisse der ungelerten Arbeiter zu verbessern, immer wieder neutralisirt. Die Klärung und Organisation des Landproletariats ist gewiß eine verdienstvolle Sache und insofern den Tom Mann, Tom Mc Carthy und

Ben Tillet jeder Erfolg zu wünschen. Leider magt sich aber auch bei dieser Agitation gleich von vornherein der Mangel gründlicher theoretischer Ausbildung unter den hiesigen Gesellschaftsführern bemerkbar. Manche ihrer Reden lesen sich ungenießbar kleinbürgerlich. Verherrlichungen des kleinen Grundbesitzes und insbesondere der kleinen Anwesen (Allotments) für Landarbeiter lehren immer wieder. Möglicherweise geschieht dies, um die Bauern bzw. Pächter nicht vor den Kopf zu stoßen, denn diese sehen, wie es in einer Korrespondenz aus Lincolnshire heißt, es lieber, wenn ihre Tagelöhner kleine Anwesen erhalten, als wenn sie ihnen höhere Löhne zahlen sollen, das Letztere aber bedeute für sie die Nothwendigkeit intensiverer Bodenbewirtschaftung und diese Erhöhung der Pachtätze. Das mag alles stimmen, indes wenn die Pächter ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Schlandriens haben, so darum noch nicht die Arbeiter, und wozu es führt, in den Arbeitern falsche Auffassungen zu nähren, hat das Schicksal der Archischen Landarbeiter-Union gezeigt. Es fällt indes sehr schwer, die Leute davon abzubringen, nur auf die nächstliegenden Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Man muß schon zufrieden sein, daß überhaupt etwas unter den Landarbeitern geschieht, und im Uebrigen abwarten, bis die Logik der Thatsachen ihnen „Theorie einpaukt.“

## Politische Uebersicht.

Berlin, 13. Februar.

Im Reichstag noch immer Sonntag'sruhe. Gegen die fortschrittlichen Abgeordneten W. Müller und Hirsch, welche im Handelsgewerbe die Beschäftigung an Sonn- und Festtagen nicht später als bis 8 Uhr Nachmittags und nicht länger als drei Stunden — und in offenen Verkaufsstellen nicht länger als fünf Stunden — gestattet wissen wollen, vertritt Singer in längeren Ausführungen den sozialdemokratischen Antrag, daß die Beschäftigung an den hohen Feiertagen ganz verboten sein, an den übrigen Sonn- und Festtagen nicht länger als bis 12 Uhr Mittags und höchstens drei Stunden lang stattfinden, und bei Saisonarbeiten an Sonntagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten nicht länger als bis 6 Uhr Abends dauern darf. Er bemerkt, daß wir, um allen Interessen gerecht zu werden, bereit wären, die Dauer der Sonntagsarbeit bis 1 Uhr auszu dehnen. Aber mehr dürfe der Sonntag nicht verkümmert werden. Ein Kollektiv-Antrag der Abgeordneten Gutfleisch, Letocha, Müller, Stumm (Fortschritt, Zentrum, Nationalliberal, Konservativ), welcher die Arbeit an den hohen Feiertagen für zwei Stunden zuläßt, wurde von Herrn Stumm mit ebenso viel Eifer vertheidigt, wie von Herrn Hirsch (Mag) bekämpft. Herr Hirsch, der die Sozialistenfurcht noch immer nicht abgelegt hat, zitierte bei dem Gedanken, daß durch die Annahme dieses Antrags die Handelsgewerbetreibenden in das Reich der Sozialdemokratie getrieben werden könnten. Herr Gutfleisch bekam auch Angst und, als nun noch der Staatssekretär von Verleysch erklärt hatte, daß der Antrag, dem er sympathisch gegenüberstehe, an gewissen Formmängeln leide, so zog Gutfleisch das Produkt dieses neuesten Kartells juridisch vorbehaltend, es vielleicht bei der dritten Lesung wieder vorzubringen. Die Debatte, in welcher noch der Volksparteier Kaufmann (für die Kommissionsvorlage), Müller (für den ursprünglichen Kartellantrag), der sächsische Oberstaatsanwalt Hartmann und der Pfälzer Viehl (desgleichen für den Kartellantrag) und namentlich gegen den sozialdemokratischen Antrag) gesprochen hatten, wurde um 1/2 Uhr vertagt. Die Frage der Sonntagsarbeit wird also den Reichstag noch in einer dritten Sitzung beschäftigen.

Die Signatur der heutigen wie der gestrigen Verhandlungen war „die Harmonie der Interessen“ aller kapitalistischen Parteien. Und die Interessen-Harmonie wird die Debatte bis zu Ende beherrschen und aus dem sogenannten Arbeiterschuh-Gesetz ungewisselhaft ein wirkliches Arbeitgeberschutz-Gesetz machen.

Ueber den Marx'schen Programmbrief und seine Bedeutung für die kämpfende Sozialdemokratie finden wir ein hochinteressantes Urtheil in der demokratischen „Bärischer Post“. Dieselbe läßt sich hierüber aus Berlin schreiben:

„Wie wenig mit einer, sei es nun gelungenen oder misslungenen, kritischen Hervorhebung des sozialdemokratischen Programms erreicht wird, zeigt eben mittelbar ein von der „Neuen Zeit“ aus dem Nachlasse von Karl Marx veröffentlichtes Schriftstück. Es ergibt sich daraus, daß der bedeutendste Theoretiker des Sozialismus das Gothaer Vereinigungspro-

gramm unangenehm. Die war er und blieb er; sie konnte ihn nicht aufgeben; — sie sollte es gewiß thun; Gott, wie würde Helga Thorsen sie verachten, wenn sie wüßte, daß Janny sich von solch' einem Laffen den Hof machen ließ; allein sie konnte nicht; sie wollte lieber probieren, ihn zu bessern. Aber kannst Du denn gar nicht ein bißchen ernsthaft sein? Warum mußt Du beständig über alles spotten? — Er antwortete mit Scherzen. Sie versuchten ihn zu belehren, versuche mit ihm zu disputiren; — es ist nicht wahr, daß Johann Sverdrup ein Tabakröcher?“ — es ist nicht wahr, daß die Opposition nur für ihr eigenes Bedürfnis arbeite; es galt die Sache des Volks, die Sache des Rechts... „Ich will doch nicht hoffen, Fräulein, daß diese katilimajischen Existenzen im Arbeiterverein oben Sie ganz vadevoren? Sie sind ja doch eine gebildete, kluge Dame?“ — „Nein, sagen Sie mir aufrichtig, was, giebt es denn nichts, was Sie ernst macht?“ — „Um... es wäre denn, ich täte solch ein politisches Fianzennumma vom Arbeiterverein...“ — „Ach!“

Er legte sich eine neue Verheuerung bei —: wenn das und das nicht so verhielt, könne sie ihn meinetwegen einen Stoathingsmann (Stoathingsmann) nennen! — Ein neues Stück im Theater war so langweilig, daß er davon Nilkenmarx's Schwindsucht bekam; es war, fast so langweilig wie Politik! Wenn er fleißig gewesen, sagte er, er habe sich so blöde freudigt, daß er im Stände wäre, darüber zu disputiren, ob die Staatsräber zu den Stoathings-Verhandlungen Zutritt bekommen sollten!“

Es sah desparat aus. Was für eine Ehe sollte das werden, wenn sie keine gemeinsamen Interessen hatten; Helga Thorsen würde für solch' ein Verhältniß schon den richtigen

Namen zu finden wissen. Sie plagte ihn mit ernstlichen Fragen, so daß er ganz verzweifelte, sprach von Volkserziehung, von der Macht der Rede, von der Freiheit, von der Bureaucratie, die wie ein Drache auf dem Lande lag... „Nein, aber Fräulein“, bat er, „sagen Sie, daß Sie all' das nicht verstehen, Fräulein!“ — Sie wurde eifrig, heftig; er sollte hören, begreifen... „ach nein, ach nein, sagen Sie doch Sie das nicht verstehen; sagen Sie doch, Sie verstehen es nicht.“ — Und nun muß ich Ihnen etwas erzählen, eine kleine, komische Geschichte, die mir bei meinem Schneider passirte; er weiß nämlich auch, daß ich eine so hübsche kleine Flamme habe...“ — „Wieu!“ sagte Janny und ging; er blieb mitten im Satz, dumm vor Erstaunen, stehen.

Es währte ein Bißchen lange, ehe er wiederkehrte; sie begann ängstlich zu werden. Als er eines Abends erschien, ließ sie die großen Fragen bei Seite und er durfte aus Herzenslust schwätzen. Als sie zum Thor gelangt waren, bat er sie, noch ein Stück zu gehen; sie war todtnübe, begleitete ihn aber doch. Er plauderte. Zum Schluß erzählte er eine etwas lose Geschichte; sie fertigte ihn spitz ab; er sagte, sie sei geliebt; das schien ihr abgesehen von ihm und sie brach in Thränen aus. Da schlug er die Arme um sie und wollte sie küssen. Sie riß sich los und weinte noch mehr; „das hätte ich von Ihnen nicht erwartet, was!“ — Sie gingen schweigend nach Hause. Beim Thor sagte er sie sehr ernstlichen Tones: „Sollen wir also wirklich in Unfrieden scheiden, Janny? — Herrgott, es war dumm von mir; aber ich wußte wirklich nicht, was ich thun sollte, um Sie wieder gut zu machen... Herrgott, lassen Sie es nun vergessen sein; trennen wir uns als Freunde; wie?“

Sie zog ihn in den Thorgang, schlang die Arme um seinen Hals und gab ihm einen langen, langen Kuß. Dann riß sie sich los und entflo. O, nun, nun... nun war die Entscheidung entschieden. Nun mochte es kommen, wie es konnte; o Gott, wie würde es ihr ergehen... Sie erwartete ihn mit Beben den ganzen folgenden Tag; er kam nicht. Tag um Tag harrete sie; nein; Weib-

nachten kam; Weihnachten ging; er mußte verreist sein. Daß er aber nicht wenigstens schrieb —?

Eines Abends, als sie heimkehrte, sagte Mama: „Ja, Du bist mir eine, die's versteht... Jetzt hat sich das mit Grete Magnusen verlobt! — Ja ja! Es konnte natürlich nichts daraus werden zwischen dir und solch' einem wirklichen Gentleman...“

XVIII.

Janny kränkte sich nicht; keine Spur. Wenn sie in einsamen Stunden weinte wie eine Verzweifelte, geschah es nur aus Kummer.

Ein großes, erwachsenes Mädchen von bald zwanzig Jahren und sich so erbärmlich anführen lassen! Und das obendrein von einem so ganz gewöhnlichen Laffen! Sie hätte sich die Haare vom Kopfe reißen mögen.

Auch das, auch das vorbei! Nicht daran denken, sich nicht daran erinnern! Kinderfreiche, eine Ballerliebele! — sie begann nun erwachsen zu sein; es war bei Gott nicht zu früh.

Sie warf sich mit Raserei mitten unter ihre neuen Freunde vom Arbeiterverein, suchte sich Interessen, etwas, wofür sie leben konnte; begeisterte sich für die Staatsrecht'sache, das Stimmrecht, das Landemal, hörte politische Vorträge und las „Verdens Gang“; jedoch am meisten ergriff die Frauenfrage sie; diese war und blieb der größte Gedanke des neunzehnten Jahrhunderts.

Sonderbar genug, hatte Helga Thorsen sich verheiratet. Markus Olivarius und sie waren einig geworden. Die Freumbinnen fanden sich darin. Mark Oliv war eine Kuh-nahme unter den Männern und Helga Thorsen hatte keinen anderen Ausweg mehr gehabt. Es war ein öffentliches Geheimniß, daß sie keinen Posten erhalten konnte; wohl hatte sie eine gute Prüfung abgelegt; allein sie war Freidenkerin und gehörte zur Opposition; das wußte man in der Schulkommission. Aber wenn auch Helga fort war, so blieb doch Dagmar Dyring, und die Junggesellenabende bestanden fort, und das heilige Feuer lösch nicht aus. (Fortsetzung folgt.)

\*) Streber nach dem Ministertaburet, Ministerstuhl, Portefeuilleträger.

\*) Staatsräber, wichtigensollende Mehrzahlform von Staatsräth; damals fand es in Frage, ob die Staatsräthe (norwegischen Minister) im Storting bei den Verhandlungen erscheinen müssen.

gramm, unter dessen Fahne die Arbeiterpartei seit fünfzehn Jahren von Erfolg zu Erfolg marschiert ist, als eine von Halbheiten, Schlechtheiten und selbst Unrichtigkeiten strotzende Kundgebung bezeichnet hat. Diese Kritik hat Karl Marx gründlicher erwidert, als Herr Eugen Richter es je vermocht hat oder vermögen wird. Man mag zweifelhaft darüber sein, ob die Veröffentlichung vom praktischen und faktischen Standpunkte aus gerade angezeigt war; insbesondere das subjektiv erklärte, aber objektiv in mehrfacher Hinsicht ungerathene Urtheil, welches Marx über Lassalle fällt, wird manchen Anstoß erregen, wenn gleich die Seite von Lassalle nicht so jenseitig angegriffen ist und vielleicht nur noch in Hamburg einen gewissen Anhang besitzt. Aber sieht man hieron ab, so beweist diese Veröffentlichung, daß eine wirklich im Volke wurzelnde Partei immer marsch- und schlagfertig ist, auch unter einer tausendmal perfekten Fahne, und daß sie mitten im Kampfe mit einer in ihrer Art großartigen Unbefangtheit der Selbstkritik über ihre Ziele zu völliger Klarheit zu gelangen suchen darf. Die Sozialdemokratie treibt eben keine Politik des Hängens und Wägens; damit ist sie denn auch ein gutes Stück Weges vorwärts gekommen, und wenn die Regierung wie der Liberalismus sich nicht endlich zu einer ethischen, klaren und fortschreitenden Politik aufzuraffen vermag, werden sie mehr und mehr gegenüber der mächtig anschwellenden Arbeiterbewegung den Kürzern ziehen."

Als Bonaparte (Napoleon der Kleine) im Dezember 1851 seinen Staatsstreich machte, passirte ihm das Unglück, daß in Haiti, auf einer der westindischen Inseln, irgend ein verbummelter Negergeneral, Namens Soulouque, ebenfalls einen Staatsstreich machte und sich zum Kaiser auszurufen ließ. Die spottlustigen Franzosen ließen sich diese "historische Parallele" natürlich nicht entgehen und Napoleon III. war fortan mit Kaiser Soulouque zusammengeklappelt und im Verein mit ihm auf ewig der Bächerlichkeit überliefert. Und die Karrikatur war dem Väterchen um so unangenehmer und verderblicher, weil sie ihm im Ganzen auch nicht minderwertig war. Eine ähnliche Fatalität ist jetzt dem Fürsten Bismarck passirt — in Crispi hat er seinen Soulouque gefunden. Soulouque-Crispi wird unzeremoniös abgesetzt — gerade wie Napoleon-Bismarck; Soulouque-Crispi bäumt sich auf gegen seinen Herrn und Meister — gerade wie Napoleon-Bismarck; Soulouque-Crispi droht seinem Herrn und Meister, er werde ihn wiedersehen — gerade wie Bonaparte-Bismarck; und Soulouque-Crispi spielt sich seinem Herrn und Meister gegenüber als Nebenregierung auf — gerade wie Napoleon-Bismarck. Die Ähnlichkeit ist frappant und die Karrikatur so vollständig, wie der ärgste Feind des alten Karikaturisten sie nur wünschen kann. Und so wird Fürst Bismarck auch hier wieder von seinem gewohnten — Glück verfolgt: seine Bemühungen, die Welt von dem verurtheilten Bismarck-Kultus gründlich zu heilen, werden durch die ihm in die Hande aus Wunderbarthe begünstigt: das Bismarck-Bismarck-Kultus, das Bismarck selbst noch nicht todgeschlagen hat, wird durch seine italienische Kopie weggeblasen.

Crispi, der keinen Armin-Paragraphe über dem Haupt hängen hat, geht in seiner Rebellion nur etwas leiser zu Werk, während das deutsche Original mit mehr Eifer als Gesicht seine Person in eine Lampe zu hüllen sucht. Die Unwahrhaftigkeit Weider tritt aber in gleichem Maße hervor: ihre Phrasen von Loyalität haben sich als eitel Klunker entpuppt, und die zwei größten Patrioten der Republik stehen vor uns als Demagogen gerühmtester Sorte, die nur nach Macht und nach Erhöhung ihrer Person trachten. Der Personenkultus in seiner widerlichsten Form, nämlich der Kultus der eigenen Person, ist diesen zwei ergötzen Ex-Staatsmännern gemeinsam.

Und noch ein drittes abschreckendes Beispiel bietet uns in diesem Moment Barnell, der seiner rücksichtslosen, jedes andere Gefühl und jeden anderen Gedanken erstickenden Selbstsucht und Selbstvergötterung die Sache der irischen Home-rule frevelhaft geopfert hat.

Die Geschichte dieser drei Männer ist aber den Völkern eine ersthafte Mahnung, sich von den Banden des Personenkultus zu befreien und Niemandem, der den Kultus seiner Person pflegt, des Vertrauens und der Achtung würdig zu halten.

Wenn die Parteien und Völker dies beherzigen, dann ersparen sie sich schwere Prüfungen und bittere Enttäuschungen.

Nach den vielen trübten Erfahrungen, welche die biedere Junst der Sozialisten in den letzten Jahrzehnten gemacht hat, bereitet es uns eine echt menschliche Freude, den armen Teufeln, die so viel haben dulden müssen, endlich einmal eine gute Nachricht mittheilen zu können. Eine rettende That ist geschehen. Der Sa. und Grundstein des ganzen Gebäudes von Karl Marx und der kommunistischen Sozialdemokratie ist umgestürzt und der ganze schwindelhafte Bau stürzt in seinen Fugen krachend zusammen.

Das Deutsch ist schlecht, aber die That ist gut. Ort der That: See- und Leipzig. Name des Täters: Hanschen Blum. Und wer zweifelt, der lese das "Leipziger Tageblatt" vom heutigen Tag, zweite Beilage.

Einen herzerweichenden Stoßseufzer finden wir in der "Leipziger Zeitung" von vorgestern. Unter dem, allerdings höchst bedenklichen und versinglichen Titel "Prinzipientreu" schreibt das genannte Blatt:

"Es ist keine Partei ihren Prinzipien so treu geblieben, wie die sozialdemokratische" — so schloß in der gestrigen Reichstagsverhandlung Herr Webel die Rede, in der er den sächsischen Konserwativen ihre frühere Haltung gegen den Norddeutschen Bund zum Vorwurf machte. Herr Webel hat Recht. Den Kampf der alten Sachsentreue mit den Prinzipien gegen den neuen Bund haben die Herren Sozialdemokraten nicht nötig gehabt, denn ihr Stolz ist ja, überhaupt kein Vaterland zu kennen. Ihre vollendete Vaterlandslosigkeit hat sie davor geschützt, in jenen Widerstreit der Gefühle zu gerathen, den damals jeder treue Sohn dieses Landes mit sich selbst auszukämpfen hatte.

Der freiwilige Genosse" Barth, der gestern so tapfer für die sozialdemokratischen Brüder einsprang, wird es bedauern, wie leicht es ist, konsequent zu sein, wenn man sich erst von dem Vaterlande losgelöst hat. Prinzipientreu sein und vaterlandlos sein ist in diesem Falle dasselbe."

Hier, wir Sozialdemokraten sind zwar "vaterlandlos", — und da dies Wort in der Sprache unserer Gegner gleichbedeutend ist mit Haß gegen Ansehlichkeit, Herrschsucht, Ausbeuterei und Niedertracht, so sind wir stolz auf die Bezeichnung, — aber Vaterlandsverrath haben wir niemals getrieben und das hat allerdings keine der

anderen Parteien, wenn sie ihre Geschichte und Vorgeschichte durchgehen, von sich sagen.

Wünscht die Leipziger Blume Exempel von Spielern? —

In Braunschweig beauftragte in der am 10. Februar stattgehabten Generalversammlung des landwirthschaftlichen Centralvereins für das Herzogthum Braunschweig, welche ausführlich die zu treffenden Maßnahmen gegen Ausbreitung der Sozialdemokratie unter der ländlichen Bevölkerung erörterte, ein großer Ortsbesitzer, Herr Vibrand (Wendhausen), die Befestigung der indirekten Steuern, soweit sie auf Nahrungsmittel und Bedarfsmittel des täglichen Lebens gelegt sind, als erstes Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Natürlich entrüstete sich die ehrenwerthe Versammlung über diesen Antrag. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist ihnen schon recht, aber kosten darf es nichts.

Das Schwabenland ist in großer Aufregung ob eines Vorganges in Stuttgart. Eine Abordnung des Gemeinderaths, der überwiegend aus nationalliberalen "Mannesfeelen" besteht, erschien beim Minister des Innern, von Schmid, um eine Magistratsverfassung wie in Preußen zu verlangen. Der Oberbürgermeister trug das Anliegen vor. Aber er ward von dem Minister sehr ungnädig aufgenommen. Er wolle kein Parlament auf dem Rathhause, sagte er, er habe die Sache in Berlin beobachtet, da führten immer die größten Schreier das Wort! — dabei hatten Seine Excellenz die Uhr in der Hand. In einem nationalliberalen Gemeinderath sprach der Minister: "Wir sind nicht hier, um zu debattiren!" Die Deputation kam also befohlen wieder aus dem Rathhause, stützte einen de. und wüthigen Bericht ab und suchte in den Blättern die Sache so darzustellen, als ob der Minister nicht so ungnädig gewesen, wie es den Ansehen habe. Diese armen Nationalliberalen! Sogar eine schwäbische Excellenz drückt sie an die Wand, daß sie quietischen! —

Die österreichische Regierung beabsichtigt, auf den Eisenbahnen für den Güterverkehr die Sonntagsruhe einzuführen. Wahrscheinlich wird Deutschland auch nach 10 oder 20 Jahren mit ähnlichen Reformen nachhinken und dann behaupten lassen, daß es an der Spitze der Sozialreform marschirt.

Die lange Arbeitszeit vieler Eisenbahnbediensteten bildet, wie man der "Münchener Allgemeinen Zeitung" schreibt, den Gegenstand eines dem englischen Parlament vorgelegten Schriftwechsels zwischen dem Handelsamt und dem Verein der Eisenbahngesellschaften. Das amtliche Schreiben weist darauf hin, daß Signalwärter, Zugführer und Schaffner viele Stunden ohne Unterbrechung beschäftigt sind und schlägt mit dem Ersuchen, der Verein der Eisenbahngesellschaften möge dem Handelsamt geeignete Vorschläge zur Abhilfe dieses Mißstandes unterbreiten, soweit sich solche mit der notwendigen Rücksichtnahme auf die Sicherheit des Bahnverkehrs vereinigen lassen. In seiner Erwiderung sagt der Verein der Eisenbahngesellschaften: Die Frage der zu langen Dienststunden sei eine Angelegenheit, welche sich schwerlich durch einfache Erlasse regeln lassen werde. Wohl aber möchte der Verein der Eisenbahngesellschaften gern mit dem Handelsamt weiter darüber verhandeln.

In derselben Frage läßt sich die "Frankfurter Zeitung" schreiben:

Der Präsident des Handelsamts, Sir M. Dick-Beach, hat angegeben, daß die Arbeitsstunden der Eisenbahn-Angestellten zu lang sind, aber er weiß nicht, wie er eine Verkürzung derselben herbeiführen soll, ohne den Interessen der Eisenbahnen zu nahe zu treten. Hätte er es nur mit den sechs oder acht großen Bahnen zu thun, welche von London auslaufen, so läße sich ein annehmbares Abkommen ohne große Schwierigkeit treffen. Aber die vielen kleinen Lokalbahnen sind ein großes Hinderniß. Ein Beispiel genüge. Als im Sommer 1899 nahezu 100 Personen bei dem Eisenbahnunfall bei Armagh den Tod fanden, wurde vom Parlament sofort eine Bill angenommen, welche das Handelsamt ermächtigte, Vorschriften zur Einführung von Schutzmaßnahmen für die Passagiere auf allen Bahnen zu erlassen. Das Handelsamt kündete auch unmittelbar nachher an, es werde eine für alle Bahnen in Großbritannien und Irland bindende Vorschrift erlassen, nach welcher die auf den großen Bahnen üblichen Schutzvorrichtungen eingeführt werden müßten. Das war vor 15 Monaten. Die Vorschrift ist jedoch nicht erschienen. Das Handelsamt wurde von den Vertretern der zahllosen kleinen Bahnen befrücht, welche den Behörden zahlenmäßig klar machten, daß eine solche Auflage sie ruiniren würde. Würde ein einheitlicher Arbeitstag auf solche Weise dekretirt, so wäre ein ähnlicher Sturm zu erwarten. Und doch muß etwas geschehen, um das Leben der 300 000 Bahnangestellten erträglich zu machen. Das Handelsamt würde ein friedliches Abkommen zwischen den Bahndirektoren und ihren Angestellten vorsehen, wie jetzt die Vertreter der drei schottischen Bahnen und ihrer Angestellten Konferenzen zur Befestigung der Beziehungen derselben abhalten. Das Schlimmste ist, daß die kleinen und armen Bahnen von der Bewegung unberührt bleiben, schon gerade hier die Mißstände am größten sind. Nur eine Versammlung mit den großen Bahnen oder Verstaatlichung der Bahnen kann da helfen.

Uns würde es als das Wichtigste erscheinen, wenn der unglückliche von unserem Genossen Cunningham Graham im englischen Parlamente eingebrachte Antrag auf Einführung der Achtstundentag angenommen würde.

Jedenfalls ist aber die Frage der Regelung der Arbeitszeit der Eisenbahnbediensteten fest ins Rollen gekommen, was als Leinwand zu unterschätzender Erfolg des schottischen Eisenbahnarbeiter-Streiks zu betrachten ist. Auch sonst läßt der Ausbau der Arbeiterschaft-Organisation in Aussicht sein. Ein Gesetz, das das Schulsystem im New London endlich unter strengere Kontrolle bringen soll, ist in Vorbereitung.

Ein Telegramm des Wolffschen Bureaus aus Brüssel meldet:

Die Arbeiterpartei hat ein Manifest an den belgischen Episkopat zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts erlassen. Das Manifest erklärt, es sei ein unnatürliches Privilegium, wenn 180 000 Belgier, die nicht besser seien als ihre Mitbürger, gelassen werde, absolute Herrscher zu sein, es sei ein schreckliches Unrecht, wenn unter göttlicher Mahnung der Lehren des katholischen Glaubens ein solches Verhältniß bestehe. Das Manifest richtet die Frage an den Episkopat, ob er den Zeitpunkt nicht für geeignet halte, seine Stimme zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts zu erheben, die einzige Reform, welche geeignet sei, Gleichheit unter den Belgiern herzustellen und die unter den Bürgern bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu beruhigen und fordert den Episkopat auf, mit seiner großen Autorität ver-

mittelnd einzutreten und sich offen über diese Frage zu erklären, indem er sich entweder an die gesamte Bevölkerung oder an die Katholiken aller Klassen der verschiedenen Diözesen wende.

Streng an dem Prinzip, und in die inneren Verhältnisse der Bruderparteien nicht einzumischen, festhaltend, theilen wir diese Meldung ohne jede Kritik mit.

Die belgische Verfassungsrevision scheint ins Wasser gefallen zu sein. Alle parlamentarischen Kommissionen haben den die Verfassungsrevision anstrebenden Antrag Zanfons abgelehnt.

Das neue italienische Ministerium verspricht bei seinem Regierungsantritt Ersparungen im Militär- und Marine-Stat. Zuerst sollen 30, dann 25 und jetzt nur noch 12 Millionen Franken erspart werden. Wenn das so weiter geht, wird wohl noch eine größere Summe verbraucht sein, als vom früheren Ministerium gefordert wurde.

Die ausgezeichnete Mathematikerin Sophie Kowalewka, welche an der Stockholmer Hochschule die Professur für Mathematik bekleidete, ist gestorben. Die von allen Fachgelehrten hoch geschätzten Arbeiten dieser Frau sind ein Beweis für die Berechtigung des Frauenstudiums. Die Bedeutung dieser Frau hat auch ein so entschiedener Gegner des Frauenstudiums wie Herr von Gohler anerkannt, der gelegentlich eines Berliner Besuches der G. ihren ihr zu Ehren ein Fest gab. Herr von Gohler sei es jetzt zu rathen, daß Frau S. Kowalewka für den Sozialismus die lebhaftesten Sympathien empfand und mit deutschen, französischen und russischen Sozialisten viele Beziehungen hatte.

Ueber die veränderten Verhältnisse in amerikanischen Landbau läßt sich das "Philadelphia Tageblatt" schreiben:

Der Landbau ist seit fünfzig Jahren gänzlich umgestaltet worden. Vor fünfzig Jahren lag das Schwergewicht der Bevölkerung noch unter den Landbauern. Seit Jahren hat diese Klasse unter den Volkvertretern fortwährend abgenommen, und es wird wohl bald die Zeit kommen, daß sie gar nicht mehr figurirt, sondern aus dem öffentlichen Leben verschwindet.

Daran sind die veränderten Verhältnisse des Landbaues schuld. Der Landmann vor fünfzig Jahren war ein ganz anderer, als heute; er war damals etwas Hehliches, wie der wohlkultivirte Gewerksmann in der Stadt; er repräsentirte den wohlhabenden Mittelstand. Damals gab es aber noch keine Dreschmaschine und keine Mähmaschine; der Bauer und der Schneider waren noch ausschließlich Handarbeiter. Heute ist die Großindustrie auf dem Lande ebenso eingezogen, wie in der Stadt. Die Maschine adert, fäet, erntet und drischt, der mit Maschinen versehenen Reicher nimmt die marktgerigen Getreidsorten auf. Der Bauer schickt in den seltensten Fällen sein Getreide zur Mühle, sondern kauft seinen Bedarf an Mehl in der Grocerie. Die Vertriebsfähigkeit der Verkehrsmittel hat den Großbauer Dankempe in Dakota, welcher mit Dampftraktoren arbeitet, den englischen Farmer in Yorkshire, den westfälischen Bauer, den italienischen und sizilianischen Hinterlassen und den indischen Leibeigenen zu Konkurrenten gemacht; dabei zieht natürlich der das beste Loos, welcher am Billigsten produziert. Das ist selbstverständlich die Maschine auf billigen Lande neben billigen Arbeitskräften. Die Maschine hat dem Landbauer viel drückende Arbeit abgenommen, aber hat sie ihn glücklicher gemacht? Oder so wenig, wie den Industriearbeiter; die Wohlthat der Maschine erntet fast nur der Fabrikbesitzer, d. h. der Großindustrielle; auf dem Lande hat nur der Großbauer noch Anrecht, Geld zu verdienen.

Seit Wochen wird über das Verlassen von Farmen in den atlantischen Staaten geschrieben. Diese verlassen Farmen werden gewöhnlich in kleine Parzellen zerlegt, auf jede wird eine billige Hütte gestellt und der Rathen dann an einen eingewanderten armen Teufel verpachtet. Die heutige Landbevölkerung hat deshalb keine Hehnlichkeit mehr mit der vor 50 Jahren. Kein Wunder, daß sie unzufrieden und gewissermaßen revolutionär wird.

Das dominirende Auftreten der "Farmers Alliance" in verschiedenen Staaten ist eine Folge dieser veränderten Verhältnisse des Landbaues. Bis jetzt sind es aber nur die Pfläner und Grundbesitzer, die rebelliren, weil die Zeiten bei ihnen ein anderes und schlechter geworden sind, sie suchen sich durch Selbstverschwendung, Regierungsdarlehen, billige Transportgelegenheit zu helfen, die armen Bärgeländler oder die auf unfruchtbaren Heimstätten schwer arbeitenden, hungernden und frierenden Einwanderer tragen ihr Loos vorläufig noch mit Geduld, sie hoffen von Tag zu Tag auf Besserung der Verhältnisse. Wenn auch diese Klasse unzufrieden wird, wenn die Proletarier vom Lande denen der Städte die Hände reichen, dann werden wir schlimmere Sachen erleben, als das Herausrücken von einigen Demagogen aus den guten Kreisen durch die Demagogen der Farmers Alliance. Die allgewaltige Maschine, welche die Erwerbsverhältnisse in den Städten gänzlich umgestaltet und auf den Kopf gestellt hat, seit geraumer Zeit begonnen, dieselbe Mission auch auf dem Lande zu erfüllen und bei uns hat sie damit den Anfang gemacht.

## Parlamentarisches.

In der am 12. d. M. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. von Böhmner abgehaltenen Plenarversammlung des Bundesraths wurden zunächst Erwählungen für mehrere erledigte Stellen bei Disziplinarkammern vorgenommen. Sodann wurde über vorliegende Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten Beschluß gefaßt. Ein Schreiben des Präsidenten des Reichstags, durch welches der Beschluß des Reichstags zu dem Antrage der Abgeordneten Kuer und Genossen, strafrechtliche Maßnahmen gegen Mitglieder des Reichstags während der Vertagung desselben betreffend, mitgetheilt wird, der Entwurf eines Gesetzes über die elektrischen Anlagen und die allgemeine Rechnung über den Landes-Haushalt von Maß-Vorbringen für das Etatsjahr 1898/97 wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überreicht. Von der Ueberlicht der Geschäfte des Reichstages im Jahre 1899 nahm die Versammlung Kenntniß und erklärte sich mit der vom Reichskanzler vorgeschlagenen Anlegung einer Vorschrift über die Prüfung der Thierärzte einverstanden.

## Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Adressen-Entscheidung beizubehalten. Brieflich antwortet wird nicht ertheilt.

L. W. und Andere. Wir sind nicht in der Lage, Ihnen über Abstimmungen in der Fraktion Auskunft zu geben. Wenn ein Mitglied derselben gegen den später angenommenen Antrag stimmte, so wird es doch natürlich den Beschluß ebenso vertreten wie seine Kollegen, die dafür gestimmt haben.

1001. Das wissen wir nicht.

### Theater.

Sonnabend, den 14. Februar.  
**Opernhaus.** Dianne.  
**Schauspielhaus.** Don Carlos.  
**Festung-Theater.** Der Traum ein Leben.  
**Berliner Theater.** Ein Freund der Frauen.  
**Deutsches Theater.** Die Kinder der Exzellenz.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Theater. Meißner Porzellan. Hierauf: Fledermaus.  
**Wallner-Theater.** Miß Helgett.  
**Kesdens-Theater.** Der selige Zoupinel.  
**Viktoria-Theater.** Die sieben Raben.  
**Fellkalliance-Theater.** Pension Schöller.  
**Ostend-Theater.** Die Grille.  
**Adolph Ernst-Theater.** Adam und Eva.  
**Thomas-Theater.** Der Registrator auf Reisen.  
**Saunmann's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebr. Richter's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Wintergarten.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

### Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Wer.  
 Sonnabend, den 13. Februar, Abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Vorstellung**  
 Besonders hervorzuheben: Großes Ballet-Divertissement von 20 Damen und 12 Knaben. Schul-Quadrille, geübt von Direktor und seinen Kindern. Mr. Achilles, Saltomortal-Reiter. 2 Athleten zu Pferde. Miß Edith Adams als Jockey-Reiterin. 4 Karthagenste, in Freiheit vorgeführt von Frau Max Schumann. Mr. Royal als Jongleur zu Pferde. Komische Entrees sämtlicher Clowns.  
 Zum Schluß der Vorstellung:  
**Circus unter Wasser.**  
**Eine ländl. Hochzeit.**  
**Sensationelle Wasserphantomime.** Spezialität: 4 Wassernymphen.  
 Sonntag: 2 Vorstellungen, 3 1/2 und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Circus unter Wasser.

### Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.  
**Margarethe Steinow,** Siedersängerin.  
**Paul Jülich,** Gesangs Humorist.  
**Mr. Goswin,** Kunst-Reger-Clown.  
**Fri. Bonné,** Kostüm-Soubrette.  
**Gebr. Corradini,** Tanz-Duettisten.  
**Mons. Bernard,** Schnellzeichner.  
 Anfang Wochentags 8 Uhr.  
 Sonntag 5 1/2 Uhr.  
 Entree Wochentags u. Sonntag 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

### Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion A. Hödmann.  
 Dienstag und Freitag: Walker-Abend. Großer Frühstücks- und Mittagstisch. Spezial-Kuchentisch von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 F. Müller.

### Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Grosses Concert** mit Quartett-Gängern, ausgeführt von dem Kunst-Direktor H. Sanftleben.  
 Wochentags: **Frei-Concert.** Sonntags Entree 20 Pf.  
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.  
 703 F. Sottke.

### Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23.  
**Knabe mit 2 Köpfen.**  
**Amerikanerin m. 25 am langem Vollbart.**  
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

### Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.  
 Neu:  
**Azteken.**  
**Prof. Dr. R. Koch** im Laboratorium.  
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
**Dr. Hoesch,** homöopath. Arzt  
 Kritikerstr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Am 9. Februar verstarb unser Kollege, der Zeichner  
**Wilh. Schulze**  
 im Alter von 29 Jahren. Sein Andenken ehrt der  
 Gauverein Berl. Bildhauer.  
 116

**Fachverein der Tapezire!**  
 Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**Karl Veit**  
 am Mittwoch, den 11. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus am Urban statt. Um rege Beteiligung bittet  
 311 Der Vorstand.

### Central-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.

Verti. Verwaltungsstelle Berlin E.  
 Sonntag, den 15. Februar 1891, Vormittags 11 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 im Restaurant Wedding-Park, Müllerstr. 178.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1890.  
 2. Verschiedenes.  
 Das Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Zu zahlreichem und pünktlichem Besuch ladet ein  
 481b Die Ortsverwaltung.

### Nach Schluß obiger Versammlung: Vierteljahres-Bericht der Zuschuss-Kasse vom 4. Quartal 1890.

481b Die Ortsverwaltung.

### Central-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.

Verti. Verwaltungsstelle Berlin A.  
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlstelle Wrangelstr. 109 verlegt ist. Dieselbe befindet sich von jetzt ab:  
**Wrangelstr. 32 bei Hoffmann.**  
 Dasselbst werden die Beiträge jeden Sonnabend von 8-10 Uhr angenommen.  
 300 Die Ortsverwaltung.

### Bereins-Versammlung der Polnisch. Sozialisten

am Montag, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Stolner's Lokal, Rosenhägerstr. 11/12  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Przytulski über „Das Kapital“ und Diskussion.  
 2. Beschlüsse der hiesigen polnischen Vereine.  
 3. Die Mai-Feier.  
 4. Verschiedenes.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 249 Der Vorstand.

### Große Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Bau- u. gewerb. Hilfsarbeiter für Reinickendorf u. Umg.

Sonntag, 15. Febr., Nachm. 2 1/2 Uhr, i. Lokale d. Hrn. Lüdicks, Amendestr. 1, L.-O.: 1. Vortrag des Hrn. P. Feldmann über die Ursachen des Massenelends. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragen. — Gäste haben Zutritt. Um recht zahlreichen Besuch ersucht  
 255 Der Vorstand.

### Köpenick. Arbeiter-Verein für Köpenick und Umgegend.

Dienstag, 17. Februar, Abends 8 Uhr, im Kaiserhof.

### Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Hrn. Ströbel über „Die Entwicklung der Familie.“  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Gäste sind willkommen.  
 104 Der Vorstand.

### Fachv. d. Tischler.

Die Zahlstellen für den Norden befinden sich jetzt in folgenden Lokalen:  
 Zahlstelle 4: Schwedterstr. 44 bei Thierbach (früher Bismarckplatz bei Hohn). Zahlst. 8: Lübecker- und Thurnstr.-Ecke bei Johnke.  
 Zahlstelle 11: Fennstraße 4a bei Krüger. Zahlstelle 14: Eresowstraße bei E. Schmidt (bisher Velfortierstraße, Ecke Prenzlauer Allee).  
 Zahlstelle 15: Pankstraße 32 bei Otto (bisher Grünhaldenstr. 66). 312  
 Ein Vereinszimmer mit Piano, auch als Zahlstelle passend, ist zu vergeben  
 Raungrstr. 20. 456b

### Achtung!

**Klavierarbeiter und verwandte Berufsgenossen!**  
 Durch Beschluß der öffentlichen Versammlung am 11. Februar dauert der Streit in der Pianoforte-Fabrik von **Matz & Co.** unverändert fort. Zugang ist fern zu halten. [185] Die Kommission.

Da wir den Streit durch Entlassung sämtlicher daran beteiligter Arbeiter für beendet betrachten, so fordern wir hiermit dieselben auf, sich die zurückgelassenen Sachen am **Sonnabend, den 14. d. Mts., von 9 bis 12 Uhr Vormittags** abholen zu wollen. 465b

### H. Matz & Comp.

### Achtung!

**Klavierarbeiter und verwandte Berufsgenossen!**  
 In der Pianoforte-Fabrik von **Matz & Co.** haben die Arbeiter wegen Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fern zu halten. 185 Die Kommission.  
 NB.: Sammelstellen können jeden Abend bei Winger, Raungrstr. 78; bei J. Meyer, Andreasstraße 12, und bei dem Beitragsammler für den Norden B. Neumann, Adlerstr. 133, 2. Hof, im Keller, empfangen und abgegeben werden.

### Lesen- u. Diskutierklub „Max Kayser“.

Sonntag, 15. Februar, Vorm. 11 Uhr: **Versammlung** im Restaurant „Zur Schnecke“  
 Hohnstr. 29. 490b  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Heindorf über „Sozialdemokratie und Bourgeoisie“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen.  
 Der Vorstand.

### Zither-Saiten

(sowie alle 177L)  
**Blas- u. Saiten-Instrumente, Harmonikas, Gitarren und Musikwerke.**  
**Aug. Kessler,** Gauscherstr. 51.  
 Teilzahlungen gestattet.

### !! Auf !!

sonniger Bergeshöhe gereifte **Apfelsinen,** wirklich süße, dünnhäutige, rote Früchte, **à Stück nur 3 Pf.,** empfiehlt, wie im Vorjahre, die **Eindringthandlg. M. Wypler, Alte Jakobstr. 52,** in der Ecke (Kaden), zwischen Stallschreiber- u. Sebastianstr. Adresse aufbewahren! 176 L

### Letzte Woche.

**Hasen** gestreift von 1,50 M. an. **Hasen** in einzelnen Theilen. **Außen. Wildfleisch** pfundweise. **Gänse, Enten, Hühner, Tauben.** **Schweine-Pökelfleisch** 35-50 Pf. ff. Braunschweiger u. Thüringer Rothwurst Pfund 70 Pf. ff. Mecklenburger Leberwurst Pfund 50 Pf. Westfälische Cervelatwurst Pfund 1,20 M., sowie **Fische** jeder Art offerirt [120 L]  
**A. Pechmann,** Reichenbergerstrasse 48.

### Mehlhandlung

Stand **Markthalle 7** Stand **231.** Budoverträge.  
 Kaiser-Auszug-Mehl Pfd. 20, 5 Pfd. 0,90  
 Ia Weizen " " 18, 5 " 0,80  
 Ha " " 15, 5 " 0,75  
 sowie alle anderen Mehl- u. Vorkostwaaren reell und billig.  
 Um geneigten Zuspruch bittet  
 179L F. Horlemann.

**Nothabst A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 8, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantiert sicher brennende Cakale.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nothabste sind am Lager.  
**A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 8, am Lade'schen Markt. [746]

### Grosse Kommunalwähler-Versammlung

des 21. Kommunal-Wahlbezirks  
 am Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 11 Uhr, in den **Bürgersälen, Dresdenerstr. 96.** 178 L  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Wahl im 21. Kommunal-Wahlbezirk. Referent: Abgeordneter Herr **Paul Singer.**  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Das Wahlkomitee.**

### Grosse Volks-Versammlung

am Dienstag, den 17. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in der „**Brauerei Friedrichshain**“, am Königsthor.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Rechenschaftsbericht der Berliner Lokalkommission.  
 2. Wie stellen sich die Berliner Arbeiter in Zukunft zur Philharmonie?  
 3. Mandatsniederlegung und eventuelle Neuwahl der Berliner Lokalkommission.  
 4. Verschiedenes.  
 Es werden die Genossen sämtlicher Kreise ersucht, in dieser Versammlung, der wichtigen Tagesordnung halber, zu erscheinen.  
 204 Die Lokalkommission. J. H.: H. David, Lausitzerstr. 51.

### Sozialdemokratischer Wahlverein des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 17. Februar, Abends 8 Uhr: **Versammlung** 837  
 im gr. Saale der **Viktoria-Brauerei, Lützowstr. III/III2.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag: Die Stellung der Sozialdemokratie zur Gewerbe-Ordnungs-Novelle. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Paul Singer.**  
 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragen. Gäste haben Zutritt. — In dieser Versammlung werden die neuen Statuten ausgegeben. Diejenigen Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen restieren, werden ersucht dieselben in der Versammlung resp. in den Zahlstellen auszugleichen.  
 Der Vorstand.

### Achtung! Große öffentliche Versammlung der Metallarbeiter sämtl. Branchen

**Berlins und Umgegend**  
 am Montag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, in der **Brauerei Friedrichshain, früher Lips.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Neugestaltung der Berliner Metallarbeiter-Organisation nach den Beschlüssen des Provinzial-Delegiertentages. Referenten: **A. Gerisch** und **A. Körsten.** 2. Diskussion. 3. Eventuelle Wahl einer Statutenberathungs-Kommission.  
 NB. In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 224 J. A.: R. Pätzold.

### Achtung! Metallschleifer. Achtung!

Wegen der allgemeinen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung fällt die zum 16. d. Mts. geplante öffentliche Metallschleifer-Versammlung aus; wir erwarten von den Kollegen eine rege Beteiligung an obiger Versammlung.  
 Die Delegirten. [236]

### Verband deutscher Gold- u. Silberarbeiter und verw. Berufsgenossen.

(Zahlstelle Berlin.)  
 Dienstag, den 17. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** im Lokale des Herrn **Feuerstein, Alte Jakob-Strasse Nr. 75.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn **Gutmann** über Sellamy's „Nüchternheit aus dem Jahre 2000.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zeitungen und Beiträge in der Versammlung beim Koffer. Gäste stets willkommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet  
 Der Vorstand.

### Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und verw. Berufsgenossen.

Montag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr: **Bereins-Versammlung** in **Deigmüller's Salon, Alte Jakob-Strasse Nr. 48a.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Branchen-Vereinigung im Tischlergewerbe und verwandten Berufsgenossen. Referent: **C. Wiedemann.** 2. Diskussion. 3. Bericht über den Streit bei Matz u. Co. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht  
 Der Vorstand.

### Arbeiter-Bildungsverein für Rixdori und Umgegend.

Montag, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** in **Barta's kleinem Saal, Berg-Strasse Nr. 120.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag: „Die gegenwärtige Krise und ihre Entstehung.“ Referent: **W. Werner.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Gäste haben Zutritt. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Der Vorstand.  
 107

### Große öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer

am Sonntag, den 15. Februar, Abends 6 Uhr, in den „**Zentral-Festsälen**“, **Oranien-Strasse Nr. 100.**  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag über „**Rosa**“ und „**Die Geisteskranken**“. Referent: **A. Witte.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
**Geselliges Beisammensein.** Genossen und Genossinnen laden zu recht zahlreichem Besuch ein [153/7] **Die Frauengruppen.**

## Wähler des 21. Kommunal-Wahlbezirkes.

Am 16. d. M. findet in unserem Bezirke die Wahl eines Stadtverordneten statt. Parteigenossen! Noch die letzte Sitzung der Stadtverordneten hat Euch gezeigt, von welchem Geiste die liberale Majorität im rothen Hause befeelt ist.

Wer mit ihr nicht einverstanden ist, der trete mit aller Kraft dafür ein, daß am 16. d. M. unser altbewährter Genosse,

**der Schuhmachermeister Theodor Metzner,**

siegreich aus der Wahlurne hervorgeht.

Alle die Genossen, welche am Sonntag mitthätig sein wollen, mögen sich früh 9 Uhr bei Grindel, Dresdenerstr. 116, einfinden. Die Genossen, welche am Wahltag behilflich sein wollen, werden ersucht, sich am Montag früh 9 Uhr beim Restaurateur Einscheid, Alexandrinenstr. 53, Ecke Sebastianstr., zu melden.

Die Wählerliste liegt am Wahltag in demselben Lokale aus.

Das Wahlkomitee.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 13. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Berlepsch, Geh. Rath Lohmann.

Vor der Tagesordnung erklärt der Abg. **Wenner** (Zentrum), daß er mehrfach in der Presse irrtümlich als der Abgeordnete genannt worden ist, den die Staatsanwaltschaft in Hamburg wegen Beleidigung des Reichstags strafrechtlich verfolgen will. Es liegt hier eine Verwechslung mit dem sozialdemokratischen Abg. **Rehger** (Hamburg) vor, der der Behörde in Zukunft vorbeugen könnte, wenn er den betreffenden Namen die Wahlkreise künftige.

Darauf wird die zweite Verathung des Arbeiterschutzes fortgesetzt mit § 105 b Absatz 2: Sonntagsruhe der Handlungsgehilfen.

Der Kommissionsbeschluss hat folgenden Wortlaut:

Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter am ersten Weihnacht-, Ofter- und Pfingsttage überhaupt nicht, im Uebrigen an Sonn- und Festtagen nicht länger als fünf Stunden beschäftigt werden. Durch statistische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes kann diese Beschäftigung für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes auf längere Zeit eingeschränkt oder ganz untersagt werden. Für die letzten vier Wochen vor Weihnachten, sowie für einzelne Sonn- und Festtage, an welchen örtliche Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, kann die Polizeibehörde eine Vermehrung der Stunden, während welcher die Beschäftigung stattfinden darf, bis auf zehn Stunden zulassen. Die Stunden, während welcher die Beschäftigung stattfinden darf, werden unter Berücksichtigung der für den öffentlichen Gottesdienst bestimmten Zeit durch statistische Bestimmungen oder, soweit solche nicht erlassen sind, von der Polizeibehörde festgestellt. Die Feststellung kann für verschiedene Zweige des Handelsgewerbes verschieden erfolgen.

Gleichzeitig hiermit werden zur Debatte gestellt die von der Kommission neu beschlossenen Artikel A und B.

Nach Art. A soll hinter § 41 der Gewerbe-Ordnung folgender § 41 a neu eingeschaltet werden.

Soweit nach den Bestimmungen der §§ 105 b bis 105 h Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen, darf in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb an diesen Tagen nicht stattfinden. Weitergehenden landesgesetzlichen Beschränkungen des Gewerbebetriebes an Sonn- und Festtagen steht diese Bestimmung nicht entgegen.

Nach Art. B soll hinter § 55 neu eingeschaltet werden als § 55 a: An Sonn- und Festtagen ist der Gewerbebetrieb im Uebrigen, soweit er unter § 55 Abs. 1 Ziffer 1 bis 3 fällt, verboten. Ausnahmen können von der unteren Verwaltungsbehörde zugelassen werden. Der Bundesrath ist ermächtigt, über die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen Ausnahmen zugelassen werden dürfen, Bestimmungen zu erlassen.

Es liegen hierzu eine Reihe von Amendements vor.

Abg. v. **Münch** will die Beschäftigung nur vier Stunden dauern lassen.

Die Abgg. **Wöllmer** und **Dirsch** beantragen, die Beschäftigung nicht später als bis 3 Uhr Nachmittags und nicht länger als drei Stunden, in offenen Verkaufsstellen nicht länger als fünf Stunden wahren zu lassen. Am ersten Weihnacht-, Ofter- und Pfingsttage soll nach einem Antrag der Abgg. **Gutknecht**, **Hartmann**, **Letocha**, **Möller** und von **Stumm** eine Beschäftigung von nicht länger als zwei Stunden zulässig sein.

Die sozialdemokratischen Abgg. **Auer** und **Gen.** wollen allgemein nur drei Stunden Beschäftigung, welche bis 12 Uhr Mittags beendet sein muß, zulassen. Eine längere Beschäftigung soll jedenfalls bis 8 Uhr Abends beendet sein.

Referent Abg. **Diye**: Man war in der Kommission darin einig, daß in den großen Städten eine weitere Verabredung der Arbeitsstunden, ja vielleicht ein gänzlich Verbot der Sonntagsarbeit in den Verkaufsstellen möglich sein würde. Das gegen trug man Bedenken, dieselbe Beschränkung auch auf das Land zu übertragen, wo namentlich gelegentlich des Kirchenfests eingekauft wird, und da glaubte man an den 5 Stunden festhalten zu sollen. Es wurde weiter beschlossen, daß durch Ortsstatut die Geschäftszeit weiter herabgesetzt oder gänzlich verboten werden kann.

Abg. **Wöllmer** (Dr.) empfiehlt seinen Änderungsantrag unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Ausschusses des deutschen Handelstages, einer großen Anzahl von Handelskammern und Vereinen von Handlungsgehilfen, welche zum Theil eine noch weitergehende Einschränkung der Sonntagsbeschäftigung, besonders die Vermeidung der letzteren um 1 Uhr Nachmittags, verlangen. Eine weitere Beschränkung der Sonntagsarbeit der Handlungsgehilfen durchsicht im Interesse des ganzen Handelsstandes. Die Furcht der anfüßigen Handelsgewerbetreibenden vor einer Begünstigung des Hausiergewerbes durch diese Bestimmung werde dadurch beseitigt, daß man, wie im vorgeschlagenen Artikel B geschieht, auch den Hausierhandel untersehe. Es sei nicht die Sorge der selbständigen Gewerbetreibenden um Einbuße an Einkommen, sondern mehr ein Gebenlassen der Dinge, eine allzu konsequente Behandlung der üblichen Gewohnheit des Publikums, sich selbst, aber nicht den Kaufleuten die nötige Sonntagsruhe zu gönnen. Die Frage, ob in Banken, Komptoren, Bureau eine dreistündige Arbeitszeit am Sonntage genüge, sei von allen in Betracht kommenden Faktoren einstimmig bejaht worden. Im Interesse der sozialen und individuellen

Lage eines Standes, der nach Hunderttausenden zählt, müsse der Reichstag wenigstens den Antrag Dirsch-Wöllmer annehmen.

Abg. **Dubl** (natl.): Ich bitte Sie um Ablehnung der Anträge Dirsch und Auer. Ueber die Vorschläge der Kommission hinausgehen, wird praktisch sich als Unmöglichkeit erweisen. Die Konkurrenz des Hausierers wird nicht am Sonntag, sondern gerade an den Werktagen gemacht. Wie die Verhältnisse in befriedigender, alle Interessen gleichmäßig wählender Weise geordnet werden können, hat die Kommission in ihren Vorschlägen zu §§ 41 und 55 gezeigt. Die Betriebsunternehmer werden in dieser Beziehung ganz gleichmäßig behandelt; es wird also Keiner mehr wider seinen Willen sein Geschäft offen halten, weil es die Konkurrenten thun. Ich muß der Kommission für diese glückliche Lösung der Frage ein ganz besonderes Kompliment machen.

Abg. **Singer**: Bei der vorliegenden Frage handelt es sich darum, einer großen Zahl von Menschen, die an den Wochentagen noch weit über das in der Arbeiterklasse übliche Maß in ihrer Arbeitskraft ausgebeutet werden, einen freien Sonntag zu schaffen. Im Kleingewerbe und in Kolonialgeschäften sind die Angestellten 15-16 Stunden am Tage angestrengt thätig, und um diesen eine genügende Sonntagsruhe zu verschaffen, dazu genügen die Kommissionsbeschlüsse nicht. Von Sonntagsruhe kann nur dann die Rede sein, wenn sie nicht durch die Arbeitszeit zerrissen wird; wenn aber die Leute fünf Stunden am Sonntag arbeiten sollen und die Zeit des Gottesdienstes in diese fünf Stunden nicht einbezogen werden darf, dann wird der Sonntag zerrissen, und den Leuten ist die Sonntagsruhe und Sonntagsfreude vergällt. In dieser Frage herrscht volle Uebereinstimmung zwischen Unternehmern und Angestellten, und Alle diese wünschen, daß die Geschäftszeit zu einer bestimmten Stunde aufhören muß. Anders können die Leute nicht zu ihrer Erholung in die Natur gehen und sich auch nicht die nötige geistige Weiterbildung in Vereinen u. s. w. beschaffen. Will man aber die Geschäfte zu einer bestimmten Stunde schließen, so haben wir wohl nötig, uns darüber, welches diese Stunde sein soll, zu einigen. Die Stunde 3 Uhr geht schon deswegen nicht, weil sonst Vielen die Folgezeit, in die freie Natur zu kommen, genommen ist. Wir haben früher in unserem Arbeiterschutz-Gesetz eine fünfständige Sonntagsarbeit angeordnet. Aber die von Kaufleuten und massenhaft zugegangenen Erklärungen wünschen das, was wir jetzt beantragt haben. Ich gebe ja zu, daß in der Uebergangszeit die Sache namentlich in kleinen Landstädten Schwierigkeit machen wird. Aber schließlich wird man auch hier die Vortheile der Einrichtung einsehen lernen. Uebrigens, wenn man sich auf eine dreistündige Sonntagsarbeit einlassen will, so wollen wir uns auch der Festsetzung des Geschäftsschlusses um 1 Uhr nicht widersehen. Will man aber alle möglichen Bedenken berücksichtigen, so kommt man überhaupt nie zu einem Gesetz. Wenn die Kommissionsvorschläge angenommen werden, so kann es wohl vorkommen, daß die ganze Sonntagsarbeit auf den Nachmittags verlegt wird; da nun aber alle unsere geselligen Unterhaltungen am Sonntag Nachmittag vorgenommen zu werden pflegen, so würde man den Handlungsgehilfen keine genügende Ruhe, Erholung und Zerstreuung bieten, wenn man ihnen erlaubte, am Sonntag Vormittag spazieren zu gehen, sie aber Nachmittags zwänge, alle Leute spazieren gehen zu sehen, selbst aber wieder ins Geschäft zu gehen und zu warten, ob vielleicht Jemand etwas kaufen will. Dadurch würden die Leute nur verärgert werden. Wie aber auch die Beschlüsse hierüber ausfallen mögen — jedenfalls bitten wir Sie, den Theil unseres Antrages anzunehmen, in dem die längste Ausdehnung der Sonntagsarbeit bis auf 6 Uhr angelegt wird, denn am Sonntagen im Sommer Abends um 6 Uhr ins Freie zu kommen, das wird wohl Jeder den so sehr angelegentlich Handlungsgehilfen gönnen. Will man die Bestimmung hierüber in die Hände der Lokalbehörden legen, so wird die Entscheidung thatsächlich bei den Unternehmern sein, weil diese vermöge ihrer gesellschaftlichen Beziehungen großen Einfluß auf die Lokalbehörden haben. Ganz unbegreiflich erscheint mir der Antrag des neuen Kartells, das sich von Herrn Gutknecht über das Zentrum und die Nationalliberalen bis zu Herrn Hartmann und Herrn v. Stumm ausdehnt, wonach auch an dem ersten Weihnacht-, Ofter- und Pfingstfeiertag die Geschäfte nicht ganz geschlossen zu sein brauchen. Man muß den Handlungsgehilfen doch wenigstens einmal einen ganzen freien Tag gönnen! Praktischen Werth hat ja dieser Antrag für Niemand, auch für die Unternehmer nicht, denn die einzigen Leute, auf deren Kaufbedürfnis man hierbei vielleicht rechnen könnte, die Landleute, kommen doch an Feiertagen auch nicht in die Stadt, um Einkäufe zu machen. In einer Berliner Versammlung von Handlungsgehilfen hat Herr Hartmann Arm in Arm mit unserem vorstehenden Freunde Käufer der Sonntagsruhe hinzuwirken, mit allen Kräften auf deren Sonntagsruhe hinzuwirken. Ich möchte Herrn Hartmann nicht empfehlen, seinen jetzigen Antrag den Handlungsgehilfen gegenüber zu vertreten und ihnen zu sagen: es ist nötig, daß Ihr zum Ruhme Eurer Chefs die Dinge besorgt, die möglicher Weise an jenen Tagen notwendig sind. Ich weiß nicht, ob das Kartell dieser Art Antragsteller so fest geschlossen ist, daß an eine Ablehnung solcher Anträge überhaupt nicht zu denken ist. Ich wünschte, es fände sich ein Dr. Orterer, der die Ablehnung beantragte. Dieser Kartellbruch würde im Lande mit Freuden begrüßt werden. Daß man nicht einmal drei Tage im ganzen Jahre zu ungehörtem Genus ganz frei geben will, wird Niemand im Lande verstehen. Geschäfte, die auf diese zwei Stunden angewiesen sind, sind vor dem Untergang doch nicht zu retten, dagegen werden Hunderttausende von Leuten geschädigt, die auf den freien Tag warten. Ich bitte Sie dringend, wenn Sie es den freien Tag gönnen können, die Vertretung des Unternehmertums in dieser Beziehung etwas einzuschränken, nach unserem Antrage mindestens dafür zu sorgen, daß zu bestimmten Tagesstunden die Geschäfte geschlossen werden oder wenigstens zu einer bestimmten Tagesstunde die Beschäftigung aufhört, aber von dem bestimmten Tagesstunde abgesehen, auch noch an den von der ungebührlichen Versuch abzusehen, die Leute in die Geschäfte gehen zu lassen, nur zum Vergnügen des Unternehmertums ohne jeden Nutzen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schäbler** (Z.): Von meinem Standpunkte füge ich der Erklärung des Abg. Singer, daß der Sonntag zur Ruhe Erholung und Zerstreuung bestimmt sei, nur das Eine hinzu, daß er auch bestimmt ist zur Erfüllung der religiösen Pflichten. Darum begreife ich, daß die Vorlage auch die Zeit des Gottesdienstes berücksichtigt. In erster Linie wünsche ich eine vollständige Schließung der Geschäfte am Sonntage, wie sie in England möglich ist. Angesichts der Ausschloßlosigkeit darauf gerichteter Anträge bescheide ich mich mit der Vorlage, wie sie von der Kommission hervorgegangen ist. Ich habe auch meine Bedenken dagegen, es in die Hände der Polizei zu legen, Ausdehnung der Beschäftigung zu gestatten. Der Polizeivorstand kann vielleicht selber Interessent sein; und vor diesem frecht kann vielleicht selber Interessent sein die Segel. Aber man verleihe man dem Polizeivorstand die Segel. Aber man verleihe Jeden für gut ansehen, so lange nicht das Gegentheil bewiesen ist. Vorläufig wenigstens, so lange sich nicht Mißstände herausstellen, soll man es nicht den Anträgen Gutknecht, abgesehen von den andern Bedenken, auch eine Verlesung — Beförderung der Landesgesetzgebung bedeutet. Die Kommissionsbeschlüsse bringen jedenfalls gegen die bisherige ungeheuer lange

Arbeitszeit der Handlungsgehilfen und Lehrlinge eine ganz erhebliche Verkürzung und somit Verbesserung; der Antrag Gutknecht aber würde einen offensibaren Rückschritt bedeuten.

Abg. **Schmidt-Eberfeld** (Dr.): Ich werde mit dem Vorredner gegen den Antrag Gutknecht stimmen. Die weiteren Beschränkungen des Betriebes am Sonntagen, soweit sie schon landesgesetzlich bestehen, können ja auch nach der Kommission durch Ortsstatut weiter festgelegt werden. Der Wunsch des Abgeordneten Singer, alle Geschäfte, alle Läden u. s. w. um 12 Uhr Mittags zu schließen, ist doch nicht ganz generell durchführbar, namentlich nicht für die kleineren Städte; deshalb hat man eben das Ortsstatut gewählt. Herr Singer wird doch dem letzteren nicht die Polizeibehörden vorziehen. Die Bestimmtheit, mit der Herr Abgeordneter Singer behauptet, daß alle Beschäftigten sich in seinem Sinne ausgesprochen hätten, nötigt mich zu entschiedenem Widerspruch. Gerade über diesen Punkt gehen die Wünsche der Interessenten weit auseinander; viele sprechen sich für 3, andere für 5, andere für 6 Stunden aus, diese wollen schon um 10, jene um 11 Uhr Vormittags geschlossen haben. Bekämpfen muß ich den neben den übrigen uns zugegangenen Antrag der Herren Hartmann, Letocha, Möller und v. Stumm, der den letzten Satz des Absatzes 2 des § 105 b ändern will. Nach der Kommission soll die statistische Bestimmung die Stunden der Beschäftigung am Sonntag festlegen und normiren können, auch dann, wenn sie diese Zeit nicht unter 5 Stunden einschränkt. Der neue Antrag will jetzt diese Befugnis dem Ortsstatut nur überlassen, wenn es eine solche Einschränkung enthält, sonst nur der Polizeibehörde übertragen. Das halte ich nicht für richtig; man soll nicht die Polizeibehörde etwas übertragen, was sie nicht kontrolliren kann. Ich bitte Sie, es in dieser Beziehung bei der Kommissionsfassung zu belassen.

Abg. v. **Stumm** (Reichsp.) wendet sich gegen die Anträge Auer und Wöllmer. Die Annahme eines dieser Anträge würde den Schluß der Handelsgeschäfte auf dem platten Lande und in den kleinen Städten um 12 oder um 3 Uhr bedingen und dem dortigen Handelsgewerbe damit einen Schlag verfehlen, wie er schlimmer ihn nicht treffen könnte. Ferner tritt der Redner den Ausführungen des Abg. Wöllmer entgegen und weist die Bezugnahme auf England als unzutreffend zurück. Der Antrag auf Zulassung von Zweistundenarbeit an den drei hohen Festtagen wird einfach dadurch gerechtfertigt, daß den Handelsgewerbetreibenden gestattet werden muß, diejenigen Geschäfte zu erledigen, welche ihnen, so lange Post und Telegraphen auch an diesen Tagen offen sind, durch diese zugezogen werden. Die befürchtete Verquickung von kommunalen und Unternehmerinteressen ist unbegründet.

Handelsminister **Freiherr v. Berlepsch**: Die Einschränkung der Beschäftigung durch Ortsstatut halte ich für eine Verbesserung der Vorlage und bin mit dieser Erweiterung einverstanden. Danach ist unzweifelhaft eine große Menge von Verhältnissen vorhanden, wo der Verkauf an Sonntagen nicht zu entbehren ist, vornehmlich in den kleinen Landstädten und auch in den größeren, wo die Landbevölkerung Sonntags mit dem Kirchgang zur Stadt die Beförderung ihrer Einkäufe verbindet. Das Verbot des Verkaufs an den drei hohen Festtagen aber erregt lebhaftes Bedenken, nicht aus engherzigen Geldrücksichten, nicht aus der Absicht, den Gehilfen das letzte Bischen Freiheit zu nehmen, sondern weil wir bestimmt wissen, daß eine Reihe von Arbeiten auch an diesen drei Tagen gemacht werden muß und trotz aller gesetzlichen Verbote auch gemacht werden wird. Es ist nicht zu verhindern, daß in allen Komptoren die eingehenden Briefe und Telegramme an diesen drei Tagen geöffnet werden. Sowie der Prokurist die Sonntags eingegangene Briefe öffnet, fiele sein Prinzipal unter die Strafbestimmung dieses Gesetzes. Das kann nicht gewollt sein. Deshalb muß eine Ausnahmebestimmung dafür nicht. Das absolute Verbot würde also unter allen Umständen umgangen werden. Deshalb ist der Antrag Gutknecht zur Zeit der einzige Ausweg aus dieser Kalamität. Nehmen Sie den Antrag nicht an, dann muß ein anderer Ausweg gesucht werden. Wird der Antrag angenommen, dann wird allerdings noch eine ganze Reihe anderer Arbeiten gestattet, welche nicht so dringlich sind. Ich würde raten, den Antrag für jetzt zurückzuziehen und bis zur dritten Lesung eine zufriedenstellende Lösung zu versuchen.

Abg. **Dr. Dirsch**: Unter den Kaufleuten besteht in der That, trotz des inneren Widerspruches, der darin liegt, eine starke Hinneigung zur Sozialdemokratie, das Zeichen einer tiefgehenden Unzufriedenheit mit den derzeitigen Einrichtungen im Kaufmannstande. Kommen Sie den Wünschen der im Handelsgewerbe Beschäftigten entgegen und sie werden dazu beitragen, dieses unnatürliche Wüthdnh wieder zu lösen. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: Hält Ihnen gar nicht ein!) Nehmen Sie wenigstens den Antrag Wöllmer an. Bezüglich der dem Ortsstatut zu überweisenden Befugnisse siehe ich auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. **Fehr v. Münch** zieht seinen Antrag zu § 105 b, Abs. 2 zurück.

Abg. **Gutknecht**: Ich ziehe ebenfalls meinen Antrag zurück, um ihn in einer mehr befriedigenden Fassung zur dritten Lesung wieder einzubringen. Von einem Kartell ist keine Rede; diejenigen, die jetzt das Kartell bilden, haben schon in der Kommission gemeinsam gearbeitet, und hatten auch die Sozialdemokraten dazu aufgefordert, freilich ohne Gegenliebe zu finden. Wir sind stolz darauf, daß wir in dieser Weise unter Hintansetzung aller Fraktionsrücksichten zusammen gearbeitet haben.

Abg. **Hahnmann** (Vollsp.) ist zwar ganz einverstanden mit dem Artikel A, welcher die Handelsgeschäfte zu schließen zwingt, soweit die Beschäftigung von Lehrlingen und Gehilfen unterseht ist, findet aber, daß hierin von der Tendenz des Gesetzes als Arbeiterschutz-Gesetz ein weiter Schritt abgegangen ist. Man schick hier nicht mehr bloß den Arbeiter, sondern zwingt auch den Geschäftsmann, den Prinzipal unter Zwangsvorschriften. Eine so einschneidende Maßnahme kann nur aus überwiegenden Rücksichten auf die Gesamtheit getroffen werden. Wird so allen Geschäftsleuten aus Rücksicht auf die Konkurrenz die Schließung des Geschäfts auferlegt, so müssen wir uns so vornehmer in der Beschränkung der Arbeitszeit vorgehen, und aus diesem Grunde kann ich dem Antrage der Sozialdemokraten nicht beistimmen. Die beste Lösung ist die Ausföhrung des Ortsstatuts, welches ich gegen links und rechts vertheidigen möchte. Die Volkspartei tritt voll und ganz für die Kommissionsbeschlüsse ein und freut sich, auch ihrerseits daran thätig mitgewirkt zu haben.

Abg. **Möller** (natl.): Auch ich halte die Ersetzung der Schablone und des bureaukratischen Elements durch das Ortsstatut für eine wesentliche Verbesserung der Vorlage. Daß die Einwände des Abg. Schmidt gegen den auch von mir mit unterzeichneten Antrag Hartmann betrifft, so hätte ich selbst gewünscht, wie hielten an der vorgeschlagenen Kommissionsfassung fest, aber die Einwände der andern Seiten haben uns zu der vorgeschlagenen Abänderung geführt. Ich hoffe ebenfalls, daß eine Formulirung bis zur dritten Lesung gefunden wird, die die Frage der drei hohen Festtage für Alle befriedigend beantwortet.

Abg. **Hartmann** (Dr.): Ich habe allerdings den jungen Kaufleuten 1886 hier in Berlin versprochen, für ihre Bestrebungen

einzutreten, die damals übrigens nicht unter fünf Stunden Beschäftigung am Sonntage hinuntergingen. Ich habe mein Wort gehalten, ich könnte mit freier Stirn vor sie treten. Ob ich es jetzt noch thue, ist sehr die Frage; die Herren sind inzwischen ins sozialdemokratische Lager übergetreten, während es damals bloß erst fast sozialdemokratisch bei ihnen roch. Gestern hat eine solche Versammlung stattgefunden, bei der ich allerdings nicht zugegen war, denn ich war nicht eingeladen. (Abg. Singer: Ich auch nicht!) Der Herr Abg. Singer also auch nicht. Und doch schreiben diese Herren an die Wälfate: Sämtliche Mitglieder der Arbeiterchuh-Kommission sind eingeladen! (Rufen links.) Ich empfehle die Annahme der Kommissionsbeschlüsse, mit der von mir beantragten Modifikation und hoffe auch meinerseits, daß es gelingen wird, betreffs der drei hohen Feiertage eine bessere Formulierung zu finden.

Auf eine Anfrage des Abg. Viehl bemerkt Bayerischer Bevollmächtigter Geh. Rath Landmann, daß die Frage zweifelhaft sei, ob diejenigen, welche nur ihre eigenen Produkte im Umherziehen verkaufen und deshalb als Hausierer nicht angesehen werden, auch nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ihren Gewerbebetrieb innerhalb der verbotenen Zeit fortsetzen dürften. Es würde eventuell zu empfehlen sein, in der dritten Fassung diesen Punkt dahin zu regeln, daß auch dieser Gewerbebetrieb während der betreffenden Zeit zu rufen habe.

Am 5 Uhr wird die weitere Verathung bis Sonnabend 1 Uhr vertagt.

### Abgeordnetenhand.

92. Sitzung vom 18. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische Finanzminister Dr. Miquel, General-Steuerdirektor Burghart und mehrere Kommissarien.

Die zweite Verathung des Einkommensteuer-Gesetzes wird fortgesetzt und zwar mit dem § 2, welcher die Besteuerung der ins Ausland gehenden Besoldungen aus der preussischen Staatskasse und die ins Ausland gehenden Ruzungen aus gewerblichen und Handelsanlagen festsetzt.

Die Kommission hat hier einen neuen Absatz angenommen, wonach Agenten ausländischer Unternehmungen den Handelsanlagen gleich zu achten sind.

Abg. vom Heede (natl.) bekämpft den Kommissionszuzug, der in seiner Tragweite noch gar nicht zu bemessen sei.

Abg. Seyffardt-Magdeburg (natl.) stimmt dem Vorredner bei. Das internationale Gewohnheitsrecht steht dieser Bestimmung entgegen. Deutschland ist nächst England das größte importirende Reich und würde mit solcher Bestimmung ein schlechtes Geschäft machen, denn es würde im Auslande so behandelt werden, wie es die Ausländer hier behandelt.

Abg. Peters-Miel (natl.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein. Ohne diesen Zusatz stellte man die ausländischen Geschäfte günstiger als die einheimischen. Die verschiedenen Verwaltungen behandeln heute schon die ausländischen Geschäfte sehr verschieden; um ein einheitliches Verfahren zu sichern, sei diese Bestimmung nöthig, denn wenn man die Sache sich selbst überlasse, so werde sie noch verwirrt, als sie jetzt schon ist.

Abg. Wewersbush (rel.) bekämpft den Antrag der Kommission; es wäre ungerecht, nahe der Grenze wohnende Fabrikanten, die mit billigeren Arbeitskräften arbeiten, als dies bei uns zulässig ist, nun auch noch den Vortheil haben sollten, daß sie für das aus Preußen bezogene Einkommen keine Steuer bezahlen.

Abg. Steffens (freisinn.) erklärt sich gegen den Kommissionszuzug. Der § 2 wird in der von der Kommission beschlossenen Fassung angenommen.

§ 3 legt die Steuerfreiheit der Mitglieder des Königl. Hauses, der Mitglieder des vormaligen hannoverschen Königshauses, und des vormaligen kurhessischen und des herzoglichen hessischen Fürstenhauses, sowie der Vertreter fremder Mächte fest.

§ 4 bestimmt die Steuerpflicht der vormaligen Reichsunmittelbaren; dieselben sollen zur Einkommensteuer von dem Zeitpunkt ab herangezogen werden, in welchem durch besonderes Gesetz die Entschädigung für die Aufhebung des Steuerprivilegs geregelt sein wird.

Beide Paragraphen werden gemeinsam diskutiert; zu demselben liegen mehrere Abänderungsanträge vor.

Abg. v. Cynern (natl.) befürwortet den von ihm eingebrachten Antrag, das im § 3 festgesetzte Steuerprivileg der hannoverschen Königsfamilie und der kurhessischen und hessischen Fürstenhäuser zu streichen und diese Familien unter die Bestimmung des § 4 zu stellen.

Ein Antrag des Abg. Nicker (dr.) verlangt die Heranziehung der ehemaligen Reichsunmittelbaren zur Steuer vom 1. April 1892 ab.

Von dem Abg. Achenbach und Genossen (rel.) wird beantragt, diese Steuerpflicht mit dem Inkrafttreten des Gesetzes eintreten zu lassen. Eine willige Entschädigung bisheriger Befreiungen soll durch besonderes Gesetz geregelt werden.

Endlich beantragt Dr. Ganneccerus (natl.), in diesem Punkte die Regierungsvorlage wieder herzustellen, welche die Besteuerung der Reichsunmittelbaren vom 1. April 1894 ab festsetzte und die Aufhebung bisheriger Befreiungen durch besonderes Gesetz regeln wollte.

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) bekämpft den Antrag v. Cynern und empfiehlt den Kommissionsantrag zur Annahme, indem er alle Abänderungsanträge bekämpft. Die Steuerfreiheit der hannoverschen Königsfamilie sei Sache der staatsrechtlichen Vereinbarung gewesen, könne daher nicht einseitig aufgehoben werden. Die Art, wie hier mit solchen Privilegien umgegangen werde, erinnere an die Grundzüge der Sozialdemokratie. Redner kann auch nicht glauben, daß diese Aufhebung des Steuerprivilegs den Bestimmungen des Königs entspricht, denn hiergegen sprechen entschieden politische Erwägungen. Aber freilich, wer wollte von Herrn v. Cynern politische Erwägungen erwarten. (Heiterkeit.)

Abg. Nicker (dr.) befürwortet seinen Antrag. Die Geschäfte der Sozialdemokraten besorgt man gerade dann am besten, wenn man dies Steuerprivileg beibehalten läßt. Zunächst werden wir die von Windthorst behaupteten staatsrechtlichen Abmachungen abwarten, über welche der Minister ja wohl wohl Auskunft geben können. Redner bedauert, daß die preussische Aristokratie nicht wie der Adel anderer Länder bereitwillig die Steuerlast auf sich nehme, die eine Ehrenpflicht jedes Bürgers sei.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Der Antrag v. Cynern involviret einen Rechtsbruch, den wir mit Entschiedenheit ablehnen. (Wapo! rechts.) Die Art, wie Herr Nicker von den angeblichen Pflichten des Adels sprach, wird die ehemaligen Reichsunmittelbaren schwerlich geneigt machen, auf ihr Steuerprivileg zu verzichten. Redner empfiehlt Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Finanzminister Dr. Miquel schließt sich den Ausführungen der Abgg. Dr. Windthorst und Graf Limburg-Stirum an in Bezug auf die deponirten Fürstlichen Häuser. Es war nicht wohlgeboten, den Antrag von Cynern zu stellen und vielleicht entschließen sich die Herren, ihn noch zurückzuziehen. Die Regierung bekennt, daß die Bundesakte des Steuerprivilegs der ehemaligen Reichsunmittelbaren enthalten und daß, soweit diese Privilegien in den Bundesakten enthalten sein sollten, diese heute noch bestehen. Die Steuerfreiheit ist iura praesida geworden und es muß deren Aufhebung entschädigt werden nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Einige Standeshäuser, zum Beispiel die großh. Stollberg'schen, haben Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes erstritten, welche ihr Privileg anerkennen. Die Pflicht zur Entschädigung erkennt die Regierung an, aber sie bekennt, daß die Entschädigung im Moment der Aufhebung erfolgen muß, wie die Kommission es beschlossen hat. Dadurch,

daß die Entschädigung einer späteren Zeit vorbehalten bleibt, wird das Privileg nicht verletzt. Es kann also nur die Regierungsvorlage zur Annahme empfohlen werden.

Abg. Febr. v. Redlig-Neufirk (freil.) hält es für einen Akt der politischen Klugheit, an den Verhältnissen der deponirten Fürstlichen Häuser nicht zu rütteln. Der Antrag v. Achenbach verdient den Vorzug vor der Kommissionsfassung, da er dem Geiste der Verfassung mehr Rechnung trägt als dieser. Bis zum Jahre 1892 könne die Entschädigung mit den betreffenden Adelsfamilien vereinbart sein.

Abg. Schmieding (natl.) verteidigt den Antrag v. Cynern, während der Abg. Traam (natl.) diesen Antrag bekämpft, der nur geeignet sei, Beunruhigung und Mißbehagen in der Bevölkerung zu verbreiten.

Abg. Dr. Wagem-Krefeld (Zentr.) befürwortet den Kommissionsvorschlag; ebenso der Abg. Althaus (kons.).

Damit schließt die Debatte. Der Antrag v. Cynern zu § 8 wird mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso der Antrag Nicker zu § 4, welcher letztere nur von den Freisinnigen unterstützt wird. Der Antrag Achenbach wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Nationalliberalen und eines Theiles der Konservativen abgelehnt. Gegen dieselbe Minderheit fällt der Vorschlag der Regierungsvorlage. Die Vorschläge der Kommission zu §§ 3 und 4 werden angenommen. Nach § 5 soll die Steuerpflicht bei 900 M. Einkommen beginnen; § 5 wird ohne Debatte angenommen.

Nach § 6 sollen unter Anderem steuerfrei sein die Einkommen von Ausländern aus ausländischen Grundbesitz und Gewerbebetriebe, wenn die Ausländer sich nicht zum Zwecke des Erwerbes in Preußen aufhalten.

Abg. Vieber beantragt, auch alle anderen Einnahmequellen steuerfrei zu lassen; er begründet den Antrag damit, daß die zu ihrem Vergütungen und aus sonstigen Gründen sich in Deutschland aufhaltenden Ausländer in Preußen ebenso gestellt werden müßten, wie in den Steuergesetzen anderer Einzelstaaten.

Abg. Grimm (natl.) unterstützt diesen Antrag; bisher hätte man gegenüber den Ausländern, welche in einer Stadt sich aufhielten, schon einen anderen Maßstab der Einschätzung angewendet als den Inländern gegenüber.

Abg. Druwe (dr.) und Finanzrath Wallach bezeichnen diesen Antrag als zu weit gehend; durch die Schonung der Ausländer würden namentlich auch die Gemeinden benachtheiligt.

Abg. Jelle (dr.): Ein Ausländer kann nicht nach seinem Einkommen aus Grundbesitz, Gewerbebetrieb oder sonstigem Vermögen besteuert werden, sondern nur nach dem, was er in Preußen verkehrt.

Abg. v. Cynern (natl.) entscheidet sich vorläufig vorbehaltlich einer besseren Formulierung für den Antrag Vieber.

Finanzminister Miquel: Es ist zu unterscheiden, zwischen den Ausländern, welche sich einige Monate in Deutschland aufhalten und solchen Deutschen, welche das amerikanische Bürgerrecht erworben haben, in Amerika reich geworden sind, und nachher, ohne das deutsche Bürgerrecht wieder zu erwerben, hier leben und von allen Einrichtungen des preussischen Staates Vortheil haben. Für diese kann ein Steuerprivileg nicht geschaffen werden. Die Kommissionsbeschlüsse schaffen schon gegenüber der bestehenden Gesetzgebung eine Erleichterung, und ich habe nicht gehört, daß durch die bestehende Gesetzgebung die Ausländer aus den schönen Städten am Rhein u. s. w. vertrieben worden sind. Die Einschätzungscommissionen werden allerdings hauptsächlich nach dem Verzeir die Ausländer einschätzen. Davon können wir nicht abgehen, schon im Interesse der Gemeinden, deren Steuerfuß von der Staatssteuer abhängt.

Abg. Vieber (Zentr.): Die betreffenden Gemeinden werden lieber einen kleinen Ausfall ihrer Gemeindefinnahmen hinnehmen, als die englischen und amerikanischen Kolonien aufgeben wollen. Die Fremden haben schon ihre Koffer gepackt, um mit Einführung des Gesetzes aus Preußen zu gehen; denn man wird einen Engländer oder Amerikaner niemals zur Steuererklärung bewegen können. (Sehr richtig!)

Abg. v. Redlig (rel.) tritt für den Kommissionsantrag ein, welcher schon gegenüber dem jetzt bestehenden Rechtzustande eine erhebliche Erleichterung bringt.

Abg. Eberhard (kons.) weist darauf hin, daß steuerfrei bleiben sollen die Pensionserhöhungen und Vertheilungszuzüge für Kriegsinvaliden, welche nach dem Gesetze von 1870/71 gewährt worden sind. Diese Bestimmung wird mit Freuden begrüßt werden. Aber es ist zweifelhaft, ob die ähnlichen Zuwendungen aus früheren Jahren ebenso behandelt werden. Redner bittet die Regierung, eine Erklärung darüber abzugeben, ob diese Bestimmung auf die Kriegsinvaliden von 1866 Anwendung finde.

General-Steuerdirektor Burghart: Praktisch wird es wohl so angefaßt werden, daß auch die Kriegsinvaliden von 1866 berücksichtigt werden, auch wenn dies nicht ausdrücklich in der Vorlage steht. Ob dazu eine Aenderung notwendig sein wird, läßt sich bis jetzt noch nicht übersehen.

§ 6 wird unverändert genehmigt. Bei § 7, welcher die verschiedenen steuerpflichtigen Einkommensquellen aufzählt, fragt

Abg. Nicker (dr.), ob Dänen als steuerpflichtiges Einkommen gelten oder nicht; es sei in Berlin der Versuch gemacht worden, Abgeordnete, die in Berlin wohnen, wegen der Dänen zu bestrafen, als ob die Dänen aus einem gewinnbringenden Geschäft herrühren. (Heiterkeit.)

Finanzminister Miquel: Die Dänen sind eine Entschädigung für einen vorher gemachten Aufwand. Da das Gesetz nicht unterscheidet zwischen solchen Empfängern, welche die Dänen ganz verwenden und denen, die das nicht thun, so können wir auch nicht unterscheiden zwischen solchen Abgeordneten, welche am Orte der Thätigkeit wohnen und solchen, welche sich an diesen Ort erst begeben müßten.

§ 7 wird genehmigt. Nach § 8 sollen außerordentliche Einnahmen als Vermögenszuvermehrung gerechnet werden; dazu sollen aber auch rechnerische Einnahmen aus dem nicht gewerbemäßigen oder zu Spekulationszwecken unternommenen Verkauf von Grundstücken u. s. w.

Abg. v. Cynern fragt, was unter Spekulation zu verstehen sei.

Finanzminister Miquel: Es giebt manche Dinge, die man nicht definiren kann (Heiterkeit), die man aber beschreiben kann. Die Veranlagungskommissionen werden schon erkennen, ob es sich um ein gewöhnliches Geschäft oder um eine Spekulation handelt.

Abg. v. Cynern (natl.): Auf das Urtheil einer Kommission kann ich mich nicht verlassen, denn ich soll selbst die Steuererklärung wahrheitsgemäß abgeben. Wie kann ich das, wenn ich nicht weiß, was Spekulation ist? Ist es Spekulation, wenn ich ein Grundstück zum Zwecke der Anlage kaufe und es nachher, weil es im Preise steigt, gegen ein anderes verkaufe?

Abg. Graf Strachwitz (Z.): Nach den Erklärungen des Finanzministers ist nur der fortlaufende Kauf und Verkauf von Grundstücken zu beklagen.

Abg. Hammacher (natl.): Es giebt eine fortgesetzte Spekulationsfähigkeit in Grundstücken, die eine gewerbemäßige ist; diese Einnahmequelle soll nicht steuerfrei gelassen werden.

Abg. Richter (dr.) meint, daß diese Thätigkeit immer eine gewerbemäßige sei, auch wenn der Betreffende keine eingetragene Firma habe.

Finanzminister Miquel: Die Grenze des Gewerbemäßigen ist eben so wenig festzustellen, wie die Grenze der Spekulation. Man wird die Sache im einzelnen Falle den Kommissionen überlassen. In zweifelhaften Fällen wird der Steuerpflichtige der Kommission das Geschäft bezeichnen können, um dieser die Entscheidung zu überlassen, ob es eine Spekulation ist oder nicht.

Abg. v. Redlig (rel.) hält dafür, daß man die Kleinen, mehr theoretischen als praktischen Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen müsse, um die großen Spekulationsgewinne zu treffen.

Abg. Simon-Waldenburg (natl.): Nur die Hansestädte Bremen und Lübeck haben eine ähnliche Bestimmung; in den Gesetzen aller anderen Staaten fehlt sie. Man scheint anzunehmen, daß jeder Spekulation ein moralischer Defekt anhaftet; das muß aber durchaus nicht der Fall sein.

General-Steuerdirektor Burghart: Jeder, der ein spekulatives Geschäft macht, weiß das ganz genau und nur, wenn er wissenschaftlich bellarirt, soll er bestraft werden. Die Besteuerung der spekulativen Geschäfte haben wir schon jetzt in Paris durchgeführt. Es giebt Spekulanten, welche von dem Verkauf billig eingelaufener Grundstücke leben und gar nichts Anderes treiben.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (rel.) schließt sich den Ausführungen des Regierungskommissars an.

Abg. Frein-Borken (Z.) glaubt, daß man die Worte „zu Spekulationszwecken“ streichen kann, da das Wort „gewerbemäßig“ vollständig ausreicht.

Finanzminister Miquel: Wenn das Haus die spekulativen Gewinne nicht besteuern würde, so würde das im Volke als Ungerechtigkeit empfunden werden.

Abg. Richter: Es wird hier ein neuer Begriff in das preussische Recht eingeführt, der nur in den kleinen Staaten Bremen und Lübeck vorhanden ist. Es ist ein Unterschied, ob ein Gesetz für ein so kleines Territorium oder für den preussischen Staat erlassen wird. Die Praxis hat sich gehalten, wahrscheinlich in Anlehnung an den Begriff gewerbemäßig, der überall in unseren Steuer- und Strafgesetzen vorkommt. Wenn jemand ein Haus, das er selbst bewohnt, verkauft, weil es im Preise gestiegen ist, so ist das ein Spekulationsverkauf. (Beifall der Wälfate rechts.) Daß man ein solches Geschäft erst nach der Veranlagungskommission darlegen, also dem Herrn Landrath berichten soll, das ist doch ein seltsames Ding. (Wälfate rechts.)

Finanzminister Miquel: Die Ausnahme der Wälfate des Herrn Richter seitens des Hauses (Zustimmung rechts. Jurist Richter's: Chor der Landräthe! Heiterkeit) beweist, daß er auf falschem Wege war. Der Begriff gewerbemäßig ist nicht definiert, aber allgemein bekannt; ebenso geht es mit dem Begriff der Spekulation. Wenn diese Spekulationsgewinne freibleiben, wird das Gerechtigkeitgefühl verletzt.

Abg. v. Druwe (Z.) hält die Bestimmung für notwendig, um die großen Grundstückspekulationen in den Städten richtig zu treffen.

§ 8 wird unverändert angenommen und darauf um 4 Uhr die weitere Debatte bis Sonnabend 11 Uhr vertagt.

## Parlamentarisches.

### Petitions-Kommission.

Sitzung vom 12. Februar.

Nach Feststellung der Berichte werden einige Petitionen im Beisein von Regierungskommissaren verhandelt. So die Petition der Gemeinde Biogenhals, welche Strecken Landes, auf drei Seiten von der österrösischen Grenze umschlossen, besitzt und nun bittet, die Produkte dieser Landstrecken, welche der Erleichterung wegen auf österreichischem Gebiete bearbeitet werden, zollfrei wieder eingehen zu lassen. Der Regierungskommissar Geh. Regierungsrath Kaufmann erklärt, die Frage sei eingehend und wohlwollend verathen worden, die Regierung finde keinen gesetzlichen Untergrund für die Petition. Die Kommission beschließt: dem Plenum mittelst mündlichen Berichts Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen.

Eine Petition, welche zollfreie Einfuhr von bestimmten Öhlern wünscht, erregt eine längere Diskussion über die Interpretation des einschlägigen Theiles des Zollgesetzes, welche Zeugnisse ablegt, wie vertrieben die Zollpolitik auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einwirkt. Die betreffende Petition wird dem Reichstag zur Berücksichtigung empfohlen. Schriftliche Beschlüsse wird das Plenum zugehen. Die Petition Hönigsbergs, welche bereits bei der Kolonialdebatte durch den Abg. Hammacher besprochen wurde und eine Schadloshaltung wegen Ausweisung aus dem Nigergebiet geltend macht, wird unter Hinzuziehung des Geheimen Legationsraths Kaiser verhandelt. Petent will eine Entschädigung von circa 6100 Pfund. In Rücksicht auf die im Plenum bereits seitens der Regierung abgegebene Erklärung, welche der Geh. Leg. Rath Kaiser wiederholt, beschließt die Kommission mit Majorität, die Petition als erledigt zu erklären und dem Plenum schriftlichen Bericht zu erstatten. Im Beisein des Reg. Kom. Geh. Ober-Reg. Rath Bohmann wird die Petition von mecklenburg-frelischen Müllern, welche in Bezug auf eine durch Nichtanwendung der Gewerbeordnung für sie entstandene Schädigung seitlich wissen wollen, verhandelt. Die Petenten werden auf den Beschwerdeweg an den Reichsanwalt verwiesen. Mittelbahische Bauern wollen einen Schutzpott auf Hans und Bichorie; für diese Petition wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Eine Reihe anderer Petitionen findet endgiltige Erledigung. Nächste Sitzung morgen.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, dem Reichstag zu empfehlen, die Wahl des Abgeordneten Günther (S. Meiseburg) für gültig zu erklären. Die Kommission kam zu dem Resultat, daß, selbst wenn alle in dem Protokolle angeführten Vorgänge sich bei einer eventuellen Erhebung im Sinne der Protesteherber bestätigen würden, dadurch eine entsprechende Verschiebung des Stimmverhältnisses sich nicht ergeben würde. Zwar würde sich die Majorität für den Abgeordneten Günther erheblich verringern, doch würde dieselbe immer noch über 100 Stimmen betragen. — Des Weiteren verhandelte die Kommission über die Wahl des Abgeordneten Dechelhäuser. Der genannte Abgeordnete kamte erst bei der Stichwahl den Sieg an die Fahne seiner Partei heften und es ist gewiß nicht ohne Interesse für die Beurtheilung der „Beliebtheit“ dieser national-liberalen Arbeitervereines bei den Arbeitermännern des Kreises, daß die letzteren ganz nach den Manieren, wie sie sonst meist nur von den Agenten der Schlot- und Kohlenbarone in dem westfälischen Industriebezirk geübt werden, von den anhaltischen Fabrikanten unter Kontrolle von Aufsehern, Boten und Inspektoren für Dechelhäuser an die Urnen gebracht wurden. Neben diesen privaten Beeinflussungen der Wähler machte sich auch ein sehr starker öffentlicher Druck auf dieselben geltend. Besonders wurde von den Ortschulzen und Bürgermeistern das Befehlsreiben im Großen getrieben, so daß die Kommission einstimmig zu dem Beschlusse kam, den Aufseher über die Gültigkeit anzuzweifeln und Erhebungen über eine Reihe von Protestpunkten zu beantragen. — Die Wahl des Abgeordneten Gerlach (S. Adeln) wurde dagegen für gültig erklärt. — Bemerkenswert sei, daß bei der Stichwahl für Dechelhäuser 101 Stimmgelde für ungültig erklärt worden waren, weil auf denselben der Name des einen Kandidaten durchstrichen und durch einen anderen ersetzt worden ist. Diese sämtlichen Gelde, von denen 96 auf den freisinnigen Gegenkandidaten und 5 für Dechelhäuser lauteten, sind in der Kommission für gültig erklärt worden, wie das Gleiche in konstanter Praxis vom Reichstag und den früheren Wahlprüfungs-Kommissionen schon immer geschehen ist.

## Korrespondenzen und Parteinarbeiten.

Ein Organ für Handlungsgehilfen, das auf sozialdemokratischem Boden steht, erscheint seit kurzem in Berlin unter dem Namen „Kauwmännische Rundschau“. Redakteur ist H. W. Bilde, gedruckt wird das Blatt bei Werner u. Co. Der Inhalt



**Buchbinderei und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter.** Auf der Tagesordnung steht: 1. Die Ursachen des Massenlebens. Referent: Kollege Franz Heilmann. 2. Verschiedenes und Fragelosen.

**Der Berliner Eis- und Kolliduh-Gesellschaft von 1890** veranstaltet am Sonntag, den 18. Februar, im Restaurant Kolliduh (früher Cito), Waldstr. 21, seinen ersten Abend. Anfang 8 Uhr. Freunde und Gönner des Eis- und Kolliduh-Sports sind eingeladen. Eintritt Herren 50 Pf., Damen frei, sind beim Vorstehenden Herr W. Jander, Weidenstr. 9, zu haben.

**Volksversammlung am Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 Uhr,** im Saale des Jena-Palastes, Burgstraße (neben der Börse), einberufen vom Verein für Sozialreform. Reichstags-Abgeordnete aller Parteien, auch der Sozialdemokratischen, sind eingeladen worden und haben ihre Ergebenheiten in Aussicht gestellt.

**Preis-Vereinigung selbständiger Barbiers und Friseur.** Sitzung am Montag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, bei Müller, Kottbuscher-Allee 49. Tagesordnung: Besprechung des letzten Protokolls. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Kollegen als Gäste willkommen.

**Verband der Porzellanmaler und Gefäßgenossen Berlins.** Montag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, Monats-Versammlung bei Heerlein, Alte Jakobstraße 76. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassendbericht vom 4. Quartal. 3. Neuwahl eines ersten Vorstehenden. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erbeten.

**Festliche Versammlung.** Rosenfelderstr. 23. Sonntag, den 15. Febr., Vorm. 10 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Müller über: „Die Beweise vom Töten des Königs“. Abends 7 Uhr: Festliche Versammlung; Herr Dr. Henning, Die Einigkeit.

**Allgemeiner Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.** Filiale 4, (G. H. 20 und 22, Hamburg). Sonntag, den 15. Februar, Abends 8 Uhr, Festlicher-Versammlung mit Tamen im Lokale Frankfurter Allee 73 und 74. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Neßler über: „Selbstmord“. Mitgliedsbuch oder die auszugehenden Karten legitimieren.

**Ethische Gesellschaft.** Sonntag, den 15. Februar, Abends 8 Uhr, Versammlung in den „Kamin-Kästen“, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Der Werth des Lebens“. Nachdem Gesellschafts-Unterhaltung und Tanz. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

**Vereinigung der Preussischen Deutschen.** (Zahlreiche Mitglieder und Umgebend). Versammlung am Sonntag, den 15. Februar, Abends 10 Uhr, im Hermann's Lokal, Bergstraße 12.

**Verein der Sattler und Sackgenossen.** Am Sonntag, den 14. Febr., Abends 8 Uhr, bei Meyer, Alte Jakobstr. 62: Versammlung.

**Fest- und Diskussionsabend.** Sonntag, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schröder, Reichenbergerstr. 24. „Goldschmied“, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rehm, Hornstr. 11.

**Arbeiter-Fingerband Berlin und Umgebend.** Sonntag, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Sackgasse 14. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Gefangenereine „Sanges-Gesellschaft“, Friedenstr. 48 bei Zöllner. — Gefangenereine „Sanges-Gesellschaft“, Friedenstr. 48 bei Zöllner. — Gefangenereine „Sanges-Gesellschaft“, Friedenstr. 48 bei Zöllner. — Gefangenereine „Sanges-Gesellschaft“, Friedenstr. 48 bei Zöllner.

**Zahngesellschaft der Weber.** Große Versammlung am Montag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, bei Heise, Lichtbergstr. 21. Tagesordnung: 1. Bericht der Bestreuer. 2. Vortrag des Herrn Hob. Platom: Das Elend in der Hausindustrie, insbesondere der Weber hier und außerhalb. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes und Fragelosen. Alle Arbeiter der Hausindustrie sind eingeladen, insbesondere auch die Selbständigen. Abgordnete der Sozialdemokratie sind eingeladen. Gäste haben Zutritt.

**Gesang-, Turn- und gefellige Vereine.** Sonntag, Männer-Gesangverein „Hörner“, Steinwegstr. 76, bei Jentzsch, Kaufmannsweber-Str. 10. — Gefangenereine der Offenbacher „Sängertruppe“, Teutischer Hof, Sackgasse Nr. 15, Anfangs um 9 Uhr. Gäste willkommen. — Turnverein „Vorwärts“, Abends 8-10 Uhr, Annenstr. 14, nach. — Turnverein „Vorwärts“, Abends 8 Uhr bei Heise, Lichtbergstr. 21. — Turnverein „Vorwärts“, Abends 8 Uhr bei Heise, Lichtbergstr. 21. — Turnverein „Vorwärts“, Abends 8 Uhr bei Heise, Lichtbergstr. 21.

**Berliner Turngenossenschaft & Männer-Vereinigung.** Abends 8-10 Uhr. — Turnverein „Vorwärts“, Abends 8-10 Uhr, Annenstr. 14, nach. — Turnverein „Vorwärts“, Abends 8-10 Uhr, Annenstr. 14, nach. — Turnverein „Vorwärts“, Abends 8-10 Uhr, Annenstr. 14, nach.

**Städtische Turn- und Turnvereinigung.** Abends 8-10 Uhr, Annenstr. 14, nach. — Turnverein „Vorwärts“, Abends 8-10 Uhr, Annenstr. 14, nach. — Turnverein „Vorwärts“, Abends 8-10 Uhr, Annenstr. 14, nach.

**Städtische Turn- und Turnvereinigung.** Abends 8-10 Uhr, Annenstr. 14, nach. — Turnverein „Vorwärts“, Abends 8-10 Uhr, Annenstr. 14, nach. — Turnverein „Vorwärts“, Abends 8-10 Uhr, Annenstr. 14, nach.

12. Februar in jeder Weise Protest; er beschloß ferner, besagte Resolution im „Vorwärts“ zum Ausdruck zu bringen. Mit der Bitte um baldigen Ausdruck obiges zeichnet

Uchtungsvoll

Der Vorstand

J. A. G. Voigt, Schriftführer, Doppelnerstr. 13.

Wir nehmen keinen Anstand, vorstehende Erklärung abzu- drucken, bemerken aber, daß Genosse Diebnecht sich nicht veranlaßt sieht, von seinem Standpunkte abzuweichen.

Die Redaktion.

**Depeschen.**

London, 13. Februar. In Chamber-Street, Whitechapel, wurde heute in früher Morgenstunde die verstümmelte Leiche einer ermordeten Frauenperson aufgefunden. Die Polizei glaubt, der berühmte Frauenmörder „Jad der Kuffschier“ sei wieder aufgetaucht.

**Briefkasten der Redaktion.**

R. S. In heutiger Nummer finden Sie Ihre Einsetzung, D. N. 100. Wir sind leider nicht in der Lage, Ihnen Auskunft erteilen zu können. Der zweite Teil Ihrer Frage ist unbestimmt gehalten.

Der Rothe aus der Hagelbergerstraße. Mit der Zucht und Behandlung von Goldfischen befaßt wir uns nicht. Wir können Ihnen daher auch keine Auskunft erteilen, woran es liegt, daß Ihre Fische sterben.

G. S. Hagen. Wenden Sie sich an den vorgezeichneten Truppenheil.

S. 1000. Wenden Sie sich an die Firma Brach u. Rothenschein, Friedrich- und Französischestrassen-Ecke.

**Arbeiter-Bildungsverein für Schöneberg und Umgegend.**

Montag, den 16. Februar, Abends 7 1/2 Uhr:

**Große öffentliche Versammlung**

in der „Schloss-Brauerei“ zu Schöneberg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Statistikerordnenen Herrn Otto Heindorf über: Die Kampfweise unserer Gegner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Genossen von Schöneberg! erscheint in der Versammlung alle Mann, zeigt, daß Ihr gewollt seid, Hand ans Werk zu legen für die gerechte Arbeiterfrage, indem Ihr alle dem Arbeiter-Bildungsverein beitreten.

Der Vorstand.

**Verband der Vergolder, Goldleisten-Arbeiter u. Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Berlin.**

Montag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr:

**Monats-Versammlung**

in Scheffer's Salon, Insel-Strasse Nr. 10.

Tagesordnung: 1. Begründung über die Anschuldigung der Ortsverwaltung durch die Herren Sprenger und Gerendt. 2. Neuwahl der in der Generalforsammlung am 19. Januar per Affirmation gewählten Vorstandsmitglieder. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Die Ortsverwaltung.

**Verein der Klempner Berlins und Umgegend.**

Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr:

**Große Versammlung**

in Carta's Salon, Berg-Strasse Nr. 120 in Rixdorf.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Das Recht auf eine kulturwürdige Menscheneristenz.“ Referent: Herr Max Bräuer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelosen. — Gäste willkommen. — Die Mitglieder werden ersucht, die Beiträge besser zu entrichten!

Der Vorstand.

Heute wurde ausgegeben:

**Die Neue Zeit.**

Revue des geistigen und öffentlichen Lebens.

**Heft 20.**

Inhalt: Ein Streifzug in das Gebiet des Zentrums. Von Trevir. — Die Schmachmaschine. Von D. Schlüter. — Die russische revolutionäre Bewegung einst und jetzt. Von Kritschewsky. — Notizen. — Feuilleton: Töchter unserer Zeit. Roman aus dem modernen Gesellschaftsleben von F. v. Osta. (Fortsetzung.)

Pro Quartal (18 Hefte) 2,50 Mk., pro Heft 20 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition, Beuthstraße Nr. 3.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu reparieren (außer Bruch) **1,50 Mk.**

Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

**Uhren, Gold- u. Silberwaaren**

**C. Wunsch, n. d. Oranienplatz.**

**Nur 1 Mark.**

Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. Pollak, jetzt Hauptstr. 7, I. Auch Sonntags.

**Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.**

eigener Gr. Lager, bill. Preise.

**Fabrik. Emil Heyn,**

Braunstraße 28, Hof parterre. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

**Vereins-Saal u. -Zimmer**

für Sonn- u. Wochentage zu haben

Gipsstraße 3.

**Berliner Volks-Brauerei**

47-49 Alt-Moabit 47-49.

Sonntag, den 15. Februar; Eröffnung

**der Bock-Bier-Saison**

in dem festlich decorirten Ausschank-Lokal.

Jeden Sonntag von 4 Uhr ab: **Grosse Bock-Concerte.**

Von 6 1/2 Uhr ab: **Bock-Fest-Vorstellungen.**

**Bock-Bier** in Flaschen 25 Flaschen für 3 Mk.; helles Lagerbier 30 Flaschen für 3 Mk.; dunkles (Münchener) 30 Flaschen für 3 Mk. — Bestellungen auf **Bock-Bier** in Flaschen und Gebinden werden prompt erledigt.

Telephon Amt III. Nr. 3979. 170 L.

**G. Scharnow's**

Älteste und anerkannt leistungsfähigste

**Uhren-Fabrik**

En gros Berlin S., Export

Oranienstr. 152, Ecke Moritzplatz, besteht seit 1860. Auerl. beste Bezugsguelle.

Nidel-Remontoir-Uhren von 10-15 Mk.

Silberne Remontoir-Uhren v. 17 Mk. an

Geldene Damen-Uhren . . . v. 20 Mk. an

do. Anker-Herren-Remontoir-Uhren . . . v. 50 Mk. an

Regulateure . . . v. 8 Mk. an

do. in polirtem Nussbaum-Gehäuse, ca. 1 Mk. lang, 14 Tage gehend . . . v. 14 Mk. an

Weder-Uhren in verschied. Mustern . . . v. 3,50 Mk. an

Bitte genau auf die alte Firma: **Oranienstrasse 152** zu achten.

Reparaturen nach Uebereinkunft. Gültigkeit der Uhren beträgt 1,50 Mk.

Marken 3. quittieren von 51 L

**Partei-Beiträgen**

empfehlen allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempel-Fabrik von **Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig.**

Preisliste gratis und franco.

**Gardinen-Reste**

zu 1-4 Fenst. pass. spottd. in d. Fabrik

**Grüner Weg 80, part.**

Eingang vom Flur. [144 L.

**Pfandleihhaus**

Rixdorscherstr. 13. Ausverkauf zurückgebliebener Gegenstände, neue u. wenig getragene Herren-Anzüge, einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Knaben-Anzüge, Uhren u. s. w. Für Verkauf täglich geöffnet. [77 L.

**Alle Uhren**

werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei

**W. Winkler,**

Berlin N., Reindendorferstr. 29, gegenüber der Dankes-Kirche, [23 L.

Lager aller Arten Uhren, Uhrketten.

152 Schönhauser Allee 152

16 kleine Wohnungen. 161 L.

Stube u. Küche. — 2 Stuben u. Küche.

Den Genossen halte ich meine

**Wästen-Garderobe**

bei Bedarf best. empfohlen.

Grösste Auswahl. Bill. Pr. Vereinen Preisermässigt.

**Fr. Panknin,**

Oranienstrasse 178, Adalbertstr. 91, Ecke Oranienstr.

**F. Stenzel's**

**Elegante Masken-Garderobe,**

118 Dresdener-Strasse 118, empfiehlt sich den Lesern des „Vorwärts“ zu billigsten Preisen. 111

70 cm breiter Atlas in allen Farben, bester Qualität, Met. v. 4 Mk. an. [162 L.] **Kochmann, Alte Jakobstr. 86.**

Empfehle allen Genossen u. Freunden mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.** Fr. Krüger, Hirtenstr. 10. NB. Jeden Sonntag von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr: Zahlstelle des Fachvereins der Lederarbeiter. [485b]

**Albrecht's Bäckerei,**

Wrangelstr. 8 und Langestr. 26, liefert das größte Brot für 50 Pf. [117 L.]

**Kinderwagen.** Das gr. Lager Berlins empfiehlt **Karlo, Waldemarstr. 66.**

**Reisterhandlung** [109 L.] empfiehlt **Karlo, Waldemarstr. 66.**

Unserem Subditer Spielermann zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß sämtliche Weiblich-Kruken wackeln.

482b) Vater u. Söhne.

Empfehle allen Freunden und Genossen mein

**Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal,**

Frühstück, Mittag- und Abendtisch. Arbeiterblätter liegen aus. Billard steht zur Verfügung. 56 L.

**C. Boll,**

Wienerstraße Nr. 1-6.

**Norbert's Bierhallen**

(früher May),

Beuth-Strasse Nr. 20-22.

Großer Frühstücks-, Mittag- u. Abendtisch zu zivilen Preisen. Gleichzeitig empfehle meine hoch-eleganten Säle zu Versammlungen und Festen aller Art. Ebenso halte meine Vereinszimmer noch für einige Tage der Woche bestens empfohlen. 168 L.

Uchtungsvoll **F. Norbert.**

**Martin Klein,**

48 L Uhrmacher,

**25 Neue Hochstr. 25**

empfehlen sein Lager aller Arten **Band- und Taschen-Uhren.**

Reparaturen zu soliden Preisen.

**Pfister-Institut.** Anfangsgr. frei. Reichenbergerstr. 43. 24b

Vereinszimmer mit Piano ist zu vergeb. Kostigstr. 50 b. Sackstr. [479 b]

Ein Vereinszimmer ist zu vergeben 492b

Kanarienhähne, edler Stamm, verl. 488b) Joachim, Lotzringstr. 64.

**Wohnungen** v. 50 bis 70 Thaler Forsterstraße 51/52. 36 M

**Wohnungen** v. 2-3 Stuben m. u. ohne Badez., Balkon, Erker, freier Ausicht, z. 1. April zu verm. Friedenstr. 55, Eckhaus. 195

Billig, g. Zimmer f. j. unbescholtene, alleinst. Arbeiterinnen v. 5-10 Mark monatl., möbl. u. unmöbl., gute Kost, im II. Heim d. Jugendclub, Kronenstr. 12/13, Hof links 3 Tr. [493b]

In Charlottenburg, Pestalozzistr. 4, 3 Tr. b. Berner, ist ein sehr schönes, sep. Fenst. Vorderzimmer für 2 Herren als Schlafstelle zu vermieten. [484 b]

**Arbeitsmarkt.**

Ein Buchbinder, welcher schon keine Arbeit hat, bittet um Arbeit, welcher Art sie auch sei, um seine Familie vor Hunger zu schützen. Näheres in der Expedition dieses Blattes. 491 b

Masch.-Näherin und Vorrichterin auf seine Damen-Wäsche verlangt 489b) Schneider, Bergmannstr. 27.

**Mamsells** auf Mäntel u. Jackets verl. (dauernd bei guten Preisen) 480 b) Müller, Zimmerstr. 53, III.

Schlosser verlangt die Knochfabrik [174 L.] Greifswalderstr. 22, I.

Licht. erfahrenen Schlosser auf Steinmeißel f. R. W. Rixdorscherstr. 18. [485b]

Vergolderlehrling verlangt 474 b) Ratsow, Friedrichstr. 105 a.

Trinken Sie **Mampes Bitter**

Vorrätig in allen Colonial- und Delicatess-Handlungen à Flasche 60 Pf., 1- M. und 1,80 Mk., Probeflaschen 25 Pf.

**Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold,**

50. 5. Reichenbergerstraße 50. 50.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Waacke in Berlin. Druck und Verlag von Max Dabing in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 12. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische: Miquel und Kommissarien.

Die zweite Beratung des Einkommensteuer-Gesetzes wird fortgesetzt und zwar wird fortgefahren in der Debatte über die Bestimmungen wegen der Besteuerung der Aktiengesellschaften und Konsumvereine.

Abg. Menner (Z.) empfiehlt seinen Antrag wegen der Besteuerung der Konsumvereine.

Geheimer Finanzrat Wallach: Es ist in dieser Bestimmung nur von eingetragenen Genossenschaften die Rede; nur Konsumvereine, welche eingetragene Genossenschaften sind, können besteuert werden. Bei anderen Konsumvereinen fehlt es an der Möglichkeit, sie zu besteuern, denn sie haben keine juristische Person.

Abg. Parisius (Dr.): Daß die Konsumvereine und Genossenschaften einen so sehr großen Betrieb enthalten, der steuerfrei bleibt, sei durchaus nicht zutreffend, die Steuererschöpfung kann ja aus den Listen und Genossen, aus der Zahl ihrer Geschäftsantheile u. s. w. ermittelt, welchen Gewinn jeder einzelne Genosse aus der Genossenschaft zieht. Deshalb ist es durchaus nicht notwendig, die Genossenschaft als solche zu besteuern, zumal die Steuer hauptsächlich die kleinen Produktiv- und Koststoff-Genossenschaften trifft, also hauptsächlich kleine Leute. Diese kleinen Leute werden in den untersten Steuerstufen sein, also zum Teil steuerfrei oder doch nur mit einem Steuerfusse von 1 v. H. besteuert. Hier werden sie dann in der Genossenschaft mit 3 bis 4 v. H. besteuert. Wenn der Vertreter des Finanzministeriums erklärt, daß nur eingetragene Genossenschaften besteuert werden können, dann fallen die großen Konsumvereine: der Breslauer, der Offizier- und der Beamten-Konsumverein nicht unter das Gesetz. Die großen bleiben also steuerfrei, die Konsumvereine der kleinen Leute aber werden besteuert. Die Dividenden der Konsumvereine sind gar nicht zu vergleichen mit den Dividenden der Aktiengesellschaften, sondern lediglich ein Preiszuschlag, der angehängt und nachher verteilt wird. In Zukunft wird der Fiskus auch von diesen gemeinnützigen Ausgaben keine Steuer abziehen. Die erzieherische Wirkung der Genossenschaften wird beeinträchtigt durch die Besteuerung derselben, deshalb ist es besser, diese Bestimmung zu streichen.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (Fr.): Die Einwendungen gegen die Vorlage treffen nicht zu, in Zukunft werden die Konsumvereine, von denen hier geredet worden ist: der Breslauer Konsumverein, weil er eine eingetragene Genossenschaft ist, der Offizierverein, weil er einen offiziellen Vaden hat u. s. w. zur Steuer herangezogen werden. (Widerspruch links.) Redner empfiehlt den Antrag des Herrn v. Achenbach, welcher Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften entgegensteht. Wer die Doppelbesteuerung des Grundbesitzes abschaffen will, darf diese Doppelbesteuerung nicht neu einführen, auch nicht aus dem Grunde, daß dadurch der Kreis derjenigen Personen, welche an der Befreiung der Doppelbesteuerung ein Interesse haben, vergrößert wird. Eine Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften ist um so weniger zu billigen, weil wir ein kapitalarmes Land sind; die Besteuerung der Aktiengesellschaften würde das Kapital abschrecken.

Abg. Hammacher (natl.) spricht seine Freude darüber aus, daß die Vorlage auch im Lande Anklang finden wird. Aber es würde sehr bedauerlich sein, wenn hier eine Doppelbesteuerung eingeführt würde. Es herrschen im Lande Gegenstände genug, deshalb sollte man den Versuch, diese Doppelbesteuerung abzuwenden, machen. Wo es ein gutes Ziel giebt, da giebt es auch einen guten Weg. Der Antrag des Herrn v. Achenbach ist ein annehmbarer Vorschlag. Es wird als ein Privilegium der Aktiengesellschaften hingestellt, Inhaberpapier auszugeben. Aber sind nicht gerade die kleinen Aktiengesellschaften gezwungen, ihre Aktien auf Namen auszustellen? Sind nicht die Bergwerks-Gesellschaften ganz anders konstruiert als die Aktiengesellschaften, und trotzdem zieht man sie leichtens zur Steuer heran? Die Bergwerke der Aktien, welche auf Namen lauten, die Aktienbücher der Bergwerks-Gesellschaften geben den Nachweis über den Besitz von Anteilen, so daß der Besteuerer zur Steuer herangezogen werden kann. Diese soliden Besteuerer sollte man von der Doppelbesteuerung befreien. Würde der Antrag abgelehnt werden, so ginge in das Land der Eindruck, daß die Gerechtigkeit nicht ausreicht. . . . (Widerspruch rechts und im Zentrum: Juris: 2/3 vom Hundert steuerfrei!) Das ist mir nicht ausreichend, auch im Interesse des Fiskus nicht. Der Antrag Achenbach geht weiter und schütz die soliden Besteuerer, sichert ihnen auch ihr staatsliches und kommunales Wahlrecht in ausreichendem Maße. Justitia est fundamentum regnorum namentlich auch in Bezug auf die Steuererträge. (Beifall links.)

Abg. v. Cohnen (natl.) erklärt sich gegen die Besteuerung der Aktiengesellschaften, welche eine Doppelbesteuerung enthalten. Nicht auf die Konkurrenz der kleinen Staaten komme es an, sondern auf die Konkurrenz der europäischen Großstaaten England u. s. w. Wenn unsere Großindustrie den Wettbewerb aushalten soll, dann müßte man bei der Besteuerung der Aktiengesellschaften die Schutzschranken erhöhen. Daß die Aktiengesellschaften in den letzten Jahren so hohe Dividenden gegeben haben, wie man hier vorgeführt, bestreite ich.

Finanzminister Miquel: Ich habe kein Bedenken gemacht, daß die Regierung diese Frage für eine komplexe Frage hält. Sie hat die Gründe für die Besteuerung für überwiegend gehalten, aber die Gegengründe dadurch anerkannt, daß sie die Steuerfreiheit für 3 v. H. des Kapitalzins vorge schlagen hat. In der Volksvertretung scheint man die Gründe für die Besteuerung ebenfalls für überwiegend zu halten, ist aber bemüht, die Härten zu beseitigen. Die Einen stellen sich auf den Standpunkt der Vorlage, die Anderen suchen nach anderen Sicherheiten. Mir scheint die Regierungsvorlage noch das Beste zu sein, namentlich spricht für sie die Einfachheit des Gesetzes. Andererseits läßt sich nicht verkennen, daß, wenn man eine Doppelbesteuerung findet, der Antrag Achenbach diese Doppelbesteuerung vollständig ausschließt für die inländischen Aktionäre, während die ausländischen voll betroffen bleiben. Aber der Antrag bringt auch manche Schwierigkeiten und manche Aktionäre werden schwer in der Lage sein, den Nachweis des dauernden Besitzes der Aktien zu führen. Wie sind aber nicht der Meinung, daß der Antrag Achenbach unannehmbar ist. (Sehr richtig!) Das Veranlagungsverfahren wird durch den Antrag nicht gestört; die Frage, ob Ansprüche auf Rückzahlung begründet sind oder nicht, kann nachher in Ruhe erwoogen werden; wenn auch viel Schreiberlei verursacht wird, so kann ich doch die Entscheidung dieser Frage dem Hause überlassen.

Abg. Goldschmidt (Dr.): Ich freue mich, daß der Minister dem Antrag Achenbach zustimmt. Ich bin ein großer Freund der Selbsterschöpfung, aber ich könnte niemals dem Gesetze meine Zustimmung geben, wenn es eine Doppelbesteuerung enthielte.

Abg. Pleß (Z.) tritt für die Besteuerung der Genossenschaften und Konsumvereine ein, welche den kleinen Unternehmern erheblichen Schaden zufügen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.): Ich sehe noch auf dem

selben Standpunkte, daß eine Doppelbesteuerung nicht vorliegt, aber wenn wir auch Tage lang darüber sprechen würden, so würden wir uns doch nicht verständigen. Ich bleibe dabei, daß die Kommissionsbeschlüsse am besten sind, aber wenn eine Verständigung über den Antrag Achenbach erzielt werden kann, so bin ich bereit, für denselben zu stimmen.

Ein von konservativer Seite gestellter Schlufantrag wird abgelehnt.

Abg. Rietert: Die Debatte hat jetzt dazu geführt, daß der Vorschlag der Kommission nicht die Mehrheit erhält. Wir werden auch für den Antrag Achenbach stimmen, obgleich wir nicht verkennen, daß derselbe auch mehrfache Ungerechtigkeiten und Härten enthält. (Hört! im Zentrum.) Nur möchte ich den Vorbehalt machen, daß wir in der dritten Lesung eine Aenderung vornehmen.

Abg. Windthorst (Z.): Der Schlufantrag war sehr unzeitgemäß gestellt, denn die Situation hat sich vollständig geändert. Das Abkommen, welches in der Kommission abgeschlossen war, wird preisgegeben; Graf Limburg läßt es fallen, trotzdem er es für das Beste hält gegenüber dem Antrag Achenbach. Diesen Antrag stimmt Herr Rietert zu, obgleich er die Ungerechtigkeiten desselben anerkennt. Der Finanzminister hält den Antrag für ausführbar, ohne zu sagen, wie er durchgeführt werden soll. Durchführbar ist er nur bei großen Banken, aber nicht für die kleinen Leute. (Beifall.) Es ist mir recht interessant, daß Graf Limburg für das Großkapital gegen die kleinen Leute auftritt. (Zustimmung im Zentrum.) Eine Aktiengesellschaft ist eine durch Gesetz geschaffene juristische Persönlichkeit, unabhängig von physischen Personen, welche Gewinne macht durch geschäftliche Geschäfte, welche dazu beitragen, das kleine Kapital zu vernichten. (Sehr richtig! im Zentrum: Widerspruch links.) Deshalb ist es durchaus in der Ordnung, diese Persönlichkeit zur Steuer heranzuziehen. Wir können nichts Bedenkliches thun, als derartige Privilegien für das Großkapital schaffen. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. v. Sammerstein (L.): Ich will nur feststellen, daß ich meine Stellung in Bezug auf diese Frage nicht geändert habe. Der Antrag Achenbach enthält eine schwere Gefahr. Wenn wir das Gesetz so konstruieren, daß den Aktienbesitzern ihre Steuern zurückbezahlt werden, dann wird die Unzufriedenheit sich sehr bald bemerkbar machen im Lande.

Abg. v. Kardorff (Fr.): Wenn Herr Windthorst die Konsequenz aus seinen Anschauungen ziehen wollte, dann müßte er die Befreiung der Steuerfreiheit von 3 v. H. des Aktienkapitals beantragen, durch welche jetzt auch die ausländischen Kapitalisten von der Steuer befreit werden. (Beifall.) Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Schumberg wird abgelehnt. Bei der namentlichen Abstimmung über den Antrag Achenbach stimmen nur die Nationalalliierten, die Freisinnigen und die Polen geschlossen für den Antrag, alle anderen Parteien spalten sich, von den Freikonservativen stimmt der größere, von den Konservativen und dem Zentrum der kleinere Teil für den Antrag; der Minister Herr-Juch stimmt als Abgeordneter gegen denselben.

Der Antrag von Achenbach zu § 16 wird mit 188 gegen 177 Stimmen angenommen. Alle übrigen Aenderungsanträge werden abgelehnt. § 1 Nr. 4 wird mit 260 gegen 102 Stimmen angenommen; so daß nunmehr die zur Debatte gestellten Bestimmungen lauten: § 1. Einkommensteuerpflichtig sind Nr. 4: Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Bergwerks-Gesellschaften, welche in Preußen einen Sitz haben, sowie diejenigen eingetragenen Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht. Konsumvereine mit offenem Laden unterliegen der Einkommensteuer.

§ 16. Als steuerpflichtiges Einkommen der im § 1 Nr. 4 bezeichneten Steuerpflichtigen gelten unbeschadet der Vorschrift im § 8 Nr. 1 die Ueberschüsse, welche als Aktienzinsen oder Dividenden, gleichviel unter welcher Benennung, unter die Mitglieder verteilt werden, und zwar unter Hinzurechnung der zur Tilgung der Schulden oder des Grundkapitals, zur Verbesserung oder Geschäftserweiterung, sowie zur Bildung von Reservefonds — soweit solche nicht bei den Versicherungs-Gesellschaften zur Rücklage für die Versicherungssummen bestimmt sind — verwendeten Beträge.

Denjenigen Steuerpflichtigen, welcher nachweislich Aktien oder sonstige Anteile an den nach § 1 Nr. 4 steuerpflichtigen Gesellschaften während des ganzen, dem Veranlagungsjahre vorangehenden Steuerjahres eigentümlich besaßen und die auf dieses Jahr fallende Dividende bzw. Zinsen, Ausbeute oder sonstigen Gewinnanteile bezogen und dieses bei der Deklaration ausdrücklich angegeben hat, wird der auf dieses Einkommen entfallende Anteil der Einkommensteuer erstattet.

Der Nachweis ist bei derjenigen Verwaltungskommission zu erbringen, in deren Bezirk die nach § 1 Nr. 4 steuerpflichtige Gesellschaft ihren Sitz hat.

Für die Kommunalbesteuerung und für die Ausübung des Wahlrechts kommt die volle veranlagte Steuer ohne Abzug der erhaltenen Steuerbeträge in Betracht. Die näheren Bestimmungen, insbesondere über die Berechnung der zu erstattenden Steuerbeträge und die Erbringung des Nachweises werden von dem Finanzminister erlassen.

Im Falle des § 2 b gilt als steuerpflichtiges Einkommen derjenige Teil der vorbezeichneten Ueberschüsse, welcher auf den Geschäftsbetrieb in Preußen bzw. auf das Einkommen aus preussischem Grundbesitz entfällt.

Nach einem von der Kommission beschlossenen Zusatz zu § 2 sollen auch Agenturen auswärtiger Häuser in Deutschland unterliegen.

Abg. von Cohnen beantragte, diesen Zusatz zu streichen, denn die auswärtige Firma werde eine Deklaration über ihren Verdienst niemals geben.

Berichterstatter von Jagow erklärt, daß nicht die Agenten, sondern die Firma die Deklaration angeben sollen.

In demselben Sinne spricht sich Abg. Peters aus. Der Zusatz sollte nur den Begriff Handelsanlagen genauer definieren.

Abg. von Cohnen: Der Begriff der Handelsanlage ist klar genug. Geheimer Finanzrat Wallach hält den von der Kommission beschlossenen Zusatz doch für eine Verbesserung. Wenn das auswärtige Haus nicht deklarirt, so wird es von der Kommission eingeschätzt werden. (Zuruf: Wenn es aber nicht bezahlt!) Bezahlen wird es schon, denn das auswärtige Haus wird doch Vermögensobjekte in Deutschland haben.

Abg. v. Cohnen: Ein Agent hat nicht bloß für ein, sondern oft für eine ganze Reihe von Häusern die Vertretung; er verkauft nicht nur, sondern kauft auch. Das Letztere ist aber gar nicht berücksichtigt.

Abg. Cunnecerns hält es für richtig, daß die Vertretungen großer auswärtiger Unternehmungen, zum Beispiel der Lebensversicherungen, hier besteuert werden, mögen die Vertretungen nun Filialen oder Agenturen heißen.

Abg. Stengel: Die Sache ist doch nicht recht verständlich. Wenn wir hier die Agenten treffen, wird man es im Auslande mit unseren Agenten ebenso machen.

Finanzminister Miquel: Der Zusatz ist wohl falsch beigefügt worden. Es sollen Filialen und ständige Agenturen be-

steuert werden. Der Agent, der hier bloß ankauft, hat noch kein Einkommen. Die Agenturen sollen bezahlen von den Geschäften, welche in Preußen zum Abschluß kommen.

Abg. v. Cohnen beantragt, die Debatte zu vertagen, da sich vielleicht bis morgen ein Ausweg finden würde, der beide Theile befriedige.

Darauf wird die weitere Verathung bis Freitag, 11 Uhr, verlag.

Lokales.

Es wird uns geschrieben: Zu der am 16. Februar vorstehenden Wahl hatte ich am letzten Sonntag Gelegenheit, einige Wahlauforderungen anzutragen und zwar bekam ich die Häuser Alte Jakobstr. 33 bis 37. Da ich bei Nr. 37 anfang, die mit Namen versehenen Kouveris auszubilden, hatte ich Nr. 33 zuletzt übrig, mit vier Adressen. Dieses Haus ist aber die neben dem Orbeum gelegene Schule bez. Waisenhaus und waren die Adressanten 1. der Portier, 2. ein Lehrer, 3. der Herr Direktor und 4. der Hausvater, Herr Jädes. Da ich nun Gelegenheit hatte, die beiden er genannten Adressen zuerst zu erledigen, kam als dritter der Herr Jädes an die Reihe. Nach dem üblichen Anklopfen an seinem Amtszimmer öffnete mir ein in den fünfziger Jahren (50-55 Jahre) stehender Herr, worauf ich ihm das betr. Kouverit überreichte. Auf die Frage, was dies sei, antwortete ich, er würde ja sehen, einer Antwort bedürfte es nicht, worauf ich mich entfernte. Ich hatte jedoch noch keine 10 Schritte gethan, als mich der betreffende Herr schon wieder zurück rief, mit der Frage: „Haben Sie dies hier gebracht?“ Auf meine bejahende Antwort forderte er mich auf, nochmal mit in sein Amtszimmer zu kommen; dort angelangt, ließ er mich erst einen Augenblick von oben bis unten und es sah mir, als ob er sich sehr wunderte, mich so jung (ich bin nebenbei bemerkt erst 21 Jahre alt) und schon so verdammt zu sehen und sagte mir dann wörtlich: Was soll dies eigentlich bedeuten? Und auf meine Antwort daß dies eine Wahlauforderung, gleicher Zeit aber die Benachrichtigung sei, daß er in der Wählerliste unter der angegebenen Nummer eingetragen sei, antwortete er mir Folgendes:

„Das habe ich bereits amtlich zugesandt bekommen und brauche Ihre Benachrichtigung nicht; überhaupt verbitte ich mir das ein für alle Mal, daß sich die sozialdemokratische Partei mit meiner Person befaßt, bestellen Sie dies mir; übrigens werde ich dies der sozialdemokratischen Partei schriftlich mittheilen und mir dies sehr energisch verbitte.“

Mit der Antwort, daß ich dies recht schön ausdrücken werde, empfahl ich mich dem Herrn, um einige Thüren weiter beim Direktor anzuklopfen. Dies muß wohl Herr Jädes gehört haben, denn als ich dem Herrn Direktor das Kouverit ebenso still, wie er es mir abnahm, übergeben hatte und wieder auf den Flur zurück trat, stand der Herr Hausvater wieder vor mir und eröffnete mir, ich sollte, falls ich noch mehr im Hause abzugeben hätte, dies alles dem Portier übergeben, der das Weitere besorgen würde. Ich konnte Herrn Jädes nun leider keine andere Antwort geben, als daß ich bereits fertig sei, ich sonst aber seinem Wunsche gerne nachkommen wäre. „Nun, so machen Sie, daß Sie herankommen, denn Sie haben hier nichts mehr zu suchen,“ war das letzte, was ich hörte.

Jedenfalls hat der Herr Augst, daß durch mich eine solche Menge sozialdemokratischer Lust mit herein geschleppt worden ist, daß die armen Schullinder dieselbe am Montag noch einathmen müßten, wenn ich nicht bald das Haus verlasse. Ein sehr geistreiches Mittel, das ev. Ausfämeisen.

Wir erhalten folgendes Schreiben: Sie empfahlen kürzlich im Briefkasten das Koller'sche System als die beste Kurz-schrift. Wenn Sie das Koller'sche System gekannt hätten, hätten Sie gewiß diesem das Wort geredet. Das Koller'sche System erfordert eine Gymnasialbildung; das Koller'sche wird schon von jährigen Volksschülern erlernt. Jetzt z. B. giebt Herr Lehrer Boitech in Rybnick einen Kursus an 60 seiner Schüler, und in Chemnitz, Reichenbach im Vogt., Straßburg, Bromberg, Poitzmark in Holstein und an anderen Orten sind ähnliche Kurse mit dem besten Erfolge gegeben worden. In der Weberschule zu Glogau unterrichtet ein Weber zur Zeit ca. 50 Arbeiter in der Koller'schen Stenographie, — ein Beweis, daß sie auch für den Arbeiter leicht erlernbar ist. Im Fortbildungverein für Arbeiter zu Leipzig wird seit einigen Jahren nur noch das Koller'sche System gelehrt und die dortige Polytechnische Gesellschaft holt sich ihre Stenographen zur Aufnahme von Vorträgen seitdem aus diesem Verein. In der Hamburger Handelsakademie wurden früher alle Systeme gelehrt. Im Jahre 1889 erlernten von 105 Schülern 103 das Koller'sche System. Es beruht dies auf der viel größeren Kürze und leichteren handlichen Ausführbarkeit des Koller'schen gegenüber dem Stolze'schen System. Bei Koller schreibt man fast durchgängig auf einer Linie, bei Stolze immer auf dreien; bei Stolze muß man fortwährend dick und dünn schreiben, bei Koller schreibt man, wie die natürliche Handführung es ergibt. Diese und andere Vorzüge haben dem Koller'schen System im Laufe von 15 Jahren trotz aller Konkurrenz schon die dritte Stelle in Deutschland eingebracht, denn es hat das schon vor 30 Jahren aufgetretene Kreis'sche System schon fast um das Doppelte an Ausbreitung und praktischer Vethätigung überholt. Bei Stolze erlernt man in 15 Stunden eigentlich nur eine Unterkufe, denn zum Praktiziren muß man sich entweder die Alt-Stolze'schen 1000 „Siegel“ oder die jetzigen „Stimmer'schen Kürzungen“ hinzulernen, die viel Zeit und Geisteskraft erfordern. Bei Koller wird das ganze System in 4-5 Stunden gelehrt und kann sich ein jeder hiervon überzeugen.

Es hatte sich das unbegründete Gerücht verbreitet, Herr Dr. Egbert Müller, dessen Aufrichtigkeit niemand bezweifelt sei über gewisse Vorgänge in spiritistischen Kreisen häufig geäußert und einem Skeptizismus anheimgefallen, der den Anhänger der vierten Dimension vielleicht ihren bewährtesten, jedenfalls ihren sympathischsten Kämpfer dauernd entziehen werde. Verleumdung oder Verthum! Herr Dr. Egbert Müller hat sich, wie der „Börsen-Kourier“ schreibt, selbst dementirt; er hat weder der „mediamistischen Sache“ seine Dienste, noch uns seine, allerdings lange genug entbehrt Mitarbeiterenschaft gesündigt, vielmehr nachstehenden Brief, den wir, einem füllschweigenden Abkommen gemäß, ohne jede Aenderung wiedergeben, an uns gerichtet:

„Verehrliche Redaktion! Ihre Zeitung hat ja wahrlich nicht die Schwäche, unbecueme Thatsachen der Wahrheit kurzer Hand abzuwehren; aber wohl den Muth, Irrthümern, wo solche Sie nähmen, näher zu treten, um sie im Publikum sich klären zu lassen. Nun ist durch Ihre, wie viele andere, viel gescholtene, aber gleichwohl bis in die besten rationalen Leserkreise hinaufreichende und hier recht sehr gern gelesene Zeitung, vor gar nicht langer Zeit die mit abscheulicher Intrigue abscheulich entstellte, uralte Leipziger garstige Affäre mit dem Medium Frau Valeria Löffel

libel aufgeführt und im Publikum weitergetragen worden (Nr. 468, 1890). Aber Frau Waleka Löpfer ist dennoch leicht das größte Medium, das Deutschland je bisher gehabt hat! Zu ihrer glänzendsten Rechtfertigung geschieht es, daß in unseren Tagen des neuerwachten Interesses für den Spiritismus, ja des Begehrens nach dem Spiritismus, die alte Kraft des berühmten Mediums wieder hervorbrechen will: Frau Waleka Löpfer ist wieder im Stadium erasmischer Materialisation! Es beginnen ganze Astralgestaltungen von dem gesesselten Medium auszugehen und der Séance-Gesellschaft zu nahen. Ich habe dafür als intelligenteste Zeugen Personen aus der gelehrten und aus der höheren und höchsten Gesellschaft Berlins. Der alte hohe Ruf der Frau Waleka Löpfer aus den Tagen Böllners und Hellenbachs von Leipzig und Wien hat in Berlin sich wieder zur Unerfütterlichkeit gebracht mit der Hebung mediumistischer Kraft aus der Senkung einiger Jahre. Vielleicht auch, daß unsere Zeit eine Zeit wieder der Entwicklung und Mehrung der Mediumität. In Berlin ist ganz kürzlich in der Französischen Straße ein hellsehendes Medium entstanden, das in seltenst vorkommender Weise „direkte Geisteschrift“ erlangt hat; und weiter ist in diesen Tagen an einer Frau — nicht aus der Gesellschaft — die mediumistische Kraft urplötzlich in so hohem Grade aufgetreten, daß Kerze sich der Frau bemächtigt für Observation und Experiment. Und aus Potsdam erfahre ich, daß — um Näheres noch zu verschweigen — in der Neuen Kommunikation urplötzlich ein Affektor als starkes Manifestationsmedium sich herausgestellt, ähnlich unerwartet wie hier in Berlin jener Jurist, von dem vor längerer Zeit ich berichtet. — Cotorum consensu, die Mediumitätserscheinungen müssen von Staatswegen auf Staatskosten untersucht werden.

Berlin, den 10. Februar 1891.

Dr. Egbert Müller.

## Versammlungen.

### Zimmerleute.

Die vom Kameraden Orland für den 11. d. M. nach dem Generalkomitee Saale einberufene öffentliche Versammlung der Zimmerleute Berlins und Umgegend tagte unter Leitung des aus den Kameraden Orland, Schmidt und Schönisch bestehenden Bureau's. Die Tagesordnung war wie folgt festgesetzt: 1. Stellungnahme zur Konferenz der Bauhandwerker eventuell Wahl von Delegierten zu derselben. 2. Abrechnung von dem Streik der Zimmerleute in Stettin 1890. Wegen dieser Tagesordnung wurde kein Einspruch erhoben, doch gab vor Eintritt in dieselbe Kamerad Lehmann die von dem am Abend vorher in Knebel's Salon stattgehabten öffentlichen Zimmererverversammlung gefaßten Beschlüsse bekannt. Auf die Vorgänge in der Sonntagversammlung eingehend, bedauerte Kamerad Orland den von ihm gemachten Zwischenruf, der den Tumult veranlaßte und nahm denselben zurück, verwahrte sich auch gegen das Gerücht, eine Sprengkolonne organisiert zu haben. Die besprochenen Vorgänge zeitigten noch eine längere Erörterung. Zur Tagesordnung sprechend, wünschte Kamerad Wolter zunächst Aufklärung über die Motive zur Einberufung der Konferenz der Bauhandwerker und die Zwecke derselben. Sollte dieselbe eine neue Keilreiberi in sich schließen, so würde er von vornherein gegen die Wahl von Delegierten stimmen. Kamerad Lehmann war der Ansicht, daß diese Aufklärung durch den Aufruf seitens des Genossen Thiemer, sowie die Ausführungen Kessler's zur Genüge gegeben sei. Für die Wahl von zwei Delegierten zur Konferenz sprachen sich in der folgenden Debatte mehrere Redner aus, wenngleich die Zersplitterung unter den Berliner Zimmerleuten lebhaft bedauert wurde. Im Interesse der Einigkeit sprach sich Kamerad Schönisch gegen die Wahl von noch zwei Delegierten aus. Kamerad Wolter wünschte zunächst die Namen der bei Knebel gewählten Delegierten zu erfahren. Er gab zu, daß es auch in der freien Vereinigung Leute gäbe, die Charakter besitzen. Wären die Gewählten Leute, zu denen die Versammlung Vertrauen haben könne, so würden dieselben einfach bestätigt; wäre dies nicht der Fall, so würden zwei andere Delegierte gewählt. Diefem Wunsch trug Kamerad Lehmann Rechnung. Dierauf beantragte Kamerad Wolter den Schluß der Diskussion, welcher einstimmig angenommen wurde. Die Versammlung beschloß sodann unter Ablehnung des Antrages Knäpfer, dahingehend, drei Delegierte zu wählen, zwei Delegierte zu wählen. Gewählt wurden die Kameraden Wolter und Schönisch. — Zum zweiten Punkte der Tagesordnung sprach zunächst Kamerad Wolter, welcher die Vorkommnisse betriebe hatte. Derselbe brachte die Abrechnung zur Verlesung, welche eine Gesamt-Einnahme von 608 M. 52 Pf. aufwies. 100 Liten haben zirkuliert, von diesen fehlen 6 Liten, 1 Lite (gezeichnet mit 12 Mark 75 Pfennige) ist nach der Abrechnung noch eingegangen, über diese ist von Stettin noch keine Quittung zur Stelle, dieselbe wird in einer späteren Versammlung vorgelegt werden. Die gesammelten Gelder sind ordnungsmäßig nach Stettin überführt worden. Die Versammlung beauftragte den Kameraden Wolter, die Inhaber der sechs fehlenden Liten nochmals zur Ablieferung derselben aufzufordern, bei Erfolglosigkeit die betreffenden Namen im „Vorwärts“ bekannt zu machen. Unter Verschiedenem machte Lehmann Mitteilungen über seinen stattgehabten Prozeß, die Affäre Jädel betreffend. Diese Angelegenheit zeitigte eine lange persönliche Debatte. Die von Kamerad Neuter gegebene Anregung, Lehmann die ihm auf dem Prozeße erwachsenen Kosten zu erstatten, fand in der Versammlung keine Gegenliebe, dafür aber wurde der Antrag Knäpfer angenommen, in nächster Zeit eine öffentliche Zimmererverversammlung einzuberufen und zu dieser die Mitglieder der Lohnkommission von 1886 behufs Rechenschaftslegung einzuladen.

### Glaserverammlung.

In einer Dienstag Abend unter dem Vorsitz des Herrn Deuschle tagenden öffentlichen Glaserverammlung gab der Reichstags-Abgeordnete Gen. Wegner ein ausführliches Bild der Entwicklungsgeschichte der deutschen Gewerkschaften. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, so jung wie sie ist, führte er aus, hat schon eine sehr bewegte und interessante Geschichte hinter sich. Redner greift dann in seinen Ausführungen bis auf den Kampf um die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger in der großen französischen Revolution zurück und giebt einen kurzen Abriss von dem Fortschreiten der Bewegung und die sie eine feste Gestalt annahm; er schildert ferner die Manipulationen, welche die Bourgeoisie vornahm, um die Arbeiter von der Wahrung ihrer Interessen abzulenken. Da war es Schulze-Delitzsch, welcher mit seinen Lehren von der Selbsthilfe auftrat, mit Bildung von Genossenschaften und Arbeiter-Bildungsvereinen. Bei den Arbeitern war schon längst die Frage wacherufen, wie sie eine Besserung ihrer Lage herbeiführen könnten, ein Eingehen hierauf wurde aber in den Schulze'schen Vereinen Anzüglich vermieden. Im Jahre 1862 kam dann auf Anregung des Leipziger Arbeiter-Bildungsvereins unter Führung Bahlreichs eine Verbindung mit Ferd. Lassalle zu Wege, welcher die Arbeiter in seinem „offenen Antwortschreiben“ auf die Verfolgung ihrer Klasseninteressen und auf die Wichtigkeit der Erlämpfung der politischen Macht hinwies. Unter diesem von Lassalle ausgegebenen Leitsatz wurde 1863 in Leipzig der allgemeine deutsche Arbeiterverein mit Lassalle als Vorsitzenden gegründet. Als die Fortschrittspartei nimmermehr merkte, daß die Arbeiter Ernst machten, sich ihrem Einfluß entgegen selbstständig vorzugeben, setzte sie alle Hebel in Bewegung, um sie wieder zu ihren Fesseln zu locken. Man versuchte jetzt ein neues Mittel. Es wurde Max Hirsch, der jetzige Generalsekretär der Gewerkschaften, nach England geschickt, um dort das Wesen der Tradesunions zu studieren und dann nach deren Muster in Deutschland eine

Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu Stande zu bringen. Vor seiner Abreise jedoch war schon in dem „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ die Frage lebhaft erörtert worden, ob es nicht zweckmäßiger wäre, ebenfalls eine Gewerkschaftsbewegung neben der politischen zu schaffen. Trotz heftigen Widerpruchs wurde 1868 von Schweizer und Brünche in Berlin eine allgemeine Gewerkschaftskonferenz einberufen, auf welcher 208 Delegierte 142 000 Arbeiter vertretend aus 110 Orten erschienen waren. Hier wurde ein Generalrathe eingesetzt, welcher die gesammten Gewerkschaften einheitlich regeln sollte. Auch seitens der Sozialdemokraten, Eisenacher Richtung, begann man zu dieser Zeit Gewerkschaftsaffoziationen, jedoch schon internationalen Charakters, zu schaffen. Inzwischen suchte auch Hirsch seine Studien zu vertiefen. Anfangs hatten seine Gründungen einen großen Zuspruch zu verzeichnen, nach dem ersten Fiasko aber und nachdem sie die Unterfütterung der Unternehmer verloren hatten, gingen sie immer mehr zurück. Redner geht dann auf die Entwicklung der eigentlichen Fachorganisationen ein, welche in der primitivsten Form lokaler Art waren und kommt bei einer eingehenderen Unterfütterung, welche Organisation die zweckmäßigste sei, zu dem Schluß, daß dies nur in Zentralverbänden geschehen könne. Dabei müsse man auf eine reine Fachorganisation sehen, da bei dem Zusammenwerfen verschiedener Branchen selten etwas Gutes herauskomme.

Auf einem 1874 von Th. Hof nach Magdeburg einberufenen allgemeinen Gewerkschaftskongreß sollte eine Gewerkschaftsunion unter Wahrung der einzelnen Fachorganisationen gebildet werden. Dieser Versuch geschlug sich damals an den Streitigkeiten, erst nach Einigung der beiden politischen Richtungen trat man der Frage wieder näher. Die Erwägungen zogen sich aber bis zum Jahr 1878 hin, wo dann mit einem Schlage alles weggesetzt wurde.

Unter dem Sozialistengesetz einen Verband der Gewerkschaften herzustellen, war unmöglich, alle daraus hinauslaufenden Bestrebungen wurden unterdrückt. Es entstanden daher von Neuem die Lokalorganisationen, welche noch heute die Meinung aussprechen, sie wären die besten Vereinigungen, weil nur sie unter den bestehenden Verhältnissen sich mit Politik befassen können im Gegensatz zu den Zentralverbänden. Unter dem Sozialistengesetz hatte das wohl seine Berechtigung, aber heute, wo man überall politische Tagesfragen erörtern kann, ist diese Ansicht falsch. Damit würden die Fachorganisationen aufhören, solche zu sein, sie haben sich allein mit ihren Gewerkschaftsangelegenheiten zu befassen. Die schon zweimal beabsichtigten Gewerkschaftsunionen dürften nun auch herbeigeführt werden. Auf einem allgemeinen Gewerkschaftskongreß wird noch in diesem Jahre eine endgültige Regelung auf der bereits beschrittenen Bahn herbeigeführt werden, damit die Organisation zu einer segensreichen für die Arbeiter werde. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion meint Genosse Sojert, daß gerade das politische Leben dem Verein die pulsierende Bewegung gebe, im andern Falle würde eine Erschlaffung eintreten.

Genosse Wegner tritt dieser Ansicht entgegen, fragend, die das öffentliche Leben betreffen, gehören in die öffentlichen Gewerkschafts-Versammlungen, die Fachvereins-Versammlungen hätten sich nur mit wirtschaftlichen Angelegenheiten zu befassen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, Beprobung über die Beteiligung an den demnächst stattfindenden Wahlen zur Innungs-Krankenkasse wurden, da der Referent hierüber erkrankt war, für eine baldigst einzuberufende neue Versammlung von der Tagesordnung abgesetzt.

Hierauf erhaltete der Delegierte zur Berliner Streik-Kontroll-Kommission, Deuschle, Bericht über die Thätigkeit derselben, mit welchem sich die Versammlung einverstanden erklärte.

Unter „Verschiedenem“ gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heutige öffentliche Majorversammlung spricht dem Oberbürgermeister und der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung Berlin das Recht ab, sich wahre und wirkliche Vertreter der großen Masse der Bevölkerung zu nennen, da dieselben behauptet haben, es herrsche kein außergewöhnlicher Nothstand unter den Arbeitern Berlins vor.“

### Eine öffentliche Hilfsarbeiter-Versammlung tagte am

Donnerstag, den 5. d. M., unter Vorsitz des Genossen Thol. Genosse G. E. hielt einen Vortrag über die gegenwärtige Krise und ihre Folgen für die Hilfsarbeiter. Er legte in einfandiger Rede die Ursachen der gegenwärtigen Krise klar und wies nach, von welcher unheilvoller Bedeutung dieselben für die gesammte Arbeiterklasse sind. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion sprachen die Genossen Scholz, Günther, Thal, Schulze und Harban im Sinne des Referenten. Nachfolgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

1. Die heute im „Wedding-Park“ tagende Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter von Berlin und Umgegend spricht dem Oberbürgermeister, sowie der Majorität der Stadtverordneten Berlins das Recht ab, sich wirkliche und wahre Vertreter des Volkes zu nennen, da dieselben ganz frank und frei erklärt haben, es herrsche kein außergewöhnlicher Nothstand unter den Arbeiterklassen Berlins.

2. Die im „Wedding-Park“ tagende öffentliche Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter von Berlin und Umgegend ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklärt, daß die jeweilige Krise unheilvolle Folgen für die Arbeiter nach sich zieht. In Erwägung dessen verpflichten sich die Versammelten, mit aller Energie für die Ideen der Sozialdemokratie einzutreten und dieselben zur Verwirklichung bringen zu wollen, da nur durch die Sozialdemokratie das heutige Mähenelend beseitigt werden kann und zwar dadurch, daß die Produktionsinstrumente als Grund und Boden, Maschinen, Werkzeuge u. s. w. der Allgemeinheit angehören und nicht sich in den Händen der Kapitalisten befinden. Nur durch die Umwandlung der privatkapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische können die heutigen erbärmlichen Zustände beseitigt werden, und für diese Umwandlung erklären die Versammelten wirken zu wollen.

Von verschiedenen Rednern wurde ferner empfohlen, die gewerblichen Hilfsarbeiter möchten sich organisieren und den bestehenden Verein anschließen. Zur Eingeklung in diesbezügliche Liten wurde eine Pause von 10 Minuten angenommen. Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung wurde eine persönliche Angelegenheit besprochen und ein Antrag, für die Verbreitung des „Vorwärts“ und der „Berliner Volks-Tribüne“ in den Arbeiterkreisen wirken zu wollen, einstimmig angenommen. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

### Der Fachverein sämtlicher in den Glace- und Karton-Papier-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Berlins und Umgegend hielt am Mittwoch, den 28. Januar seine Mitgliederversammlung ab. Kollege Benkert verlas den Rechenschaftsbericht vom 4. Quartal 1890. Die Einnahmen betragen 130 M., die Ausgaben 105,15 M., bleibt ein Bestand von 24,85 M. Ferner machte der Kassirer bekannt, daß 97 Mitglieder wegen Beitragsschulden gestrichen worden sind und 7 neue Mitglieder sich haben aufnehmen lassen. Dierauf hielt Herr Wegner seinen Vortrag über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse und das Wohlwollen unserer Stadtverwaltung. Referent geißelte mit scharfen Worten das Verhalten der Berliner Stadtverwaltung und des Oberbürgermeisters von Hordenkabel, welche einen Nothstand unter den Arbeitern nicht zu erkennen glaubten und alle Anträge, welche dazu dienten, die Noth der arbeitenden Bevölkerung zu lindern, ablehnten. Er kam am Schluß seines Vortrages dahin, daß die Arbeiter endlich aus ihrem Vertrauenssusetz zu erwachen, und alle an der großen allgemeinen Arbeiterbewegung theilzunehmen und sich auf diese Art ihre Lage selbst zu verbessern die Pflicht hätten. In der Diskussion sprachen Kollege H. Pickett und Frau Sabicht im Sinne des Referenten. Folgende Resolution wurde hierauf

einstimmig angenommen: Alle Anwesenden erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennen den augenblicklichen großen Nothstand unter den Arbeitern an und drücken ihr Bedauern darüber aus, daß die Stadtverordneten-Versammlung eine Initiative zur Bänderung nicht ergriffen hat. Die Anwesenden erkennen ferner, daß Hilfe nur durch eigene Kraft zu erringen sei, und beschließen deshalb, die Reformpläne der Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu fördern und zu unterstützen. — Unter Verschiedenem wurde vom Vorsitzenden bekannt gemacht, daß die Einrichtung eines Arbeitsnachweises nicht durchzuführen sei, da die meisten Arbeitgeber sich weigerten, Leute zu beschäftigen, welche im Fachverein sind. Der Arbeitsnachweis könnte deshalb nur indirekt geführt werden.

### Eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiterinnen,

einberufen von der Agitationskommission derselben, tagte am Montag, den 2. Februar, unter Leitung von Teuberz, Frau Wismann und Frau Mehel. Den Vortrag über Arbeitszeit und Arbeitslohn und deren Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiterinnen hatte Sandermann übernommen, und er erzählte für seine eingehenden Ausführungen den Beifall der Versammlung. Der Redner schloß mit der Aufforderung an die Arbeiterinnen, durch große allgemeine Organisationen sich eine kürzere Arbeitszeit und einen höheren Arbeitslohn zu erwirken. Mögen die Arbeiterinnen mit aller Energie den Kampf aufnehmen um eine höhere Lebenshaltung. Redner empfahl die Forderung einer neunstündigen täglichen Arbeitszeit, Ausschluß jeder Sonntagarbeit und eines vorläufigen Mindestverdienstes von 14,25 M. pro Woche. Erst mit der Durchführung dieser Forderungen wäre es möglich, einigermaßen menschlich zu leben. Die angestellte Berechnung eines Budgets für Arbeiterinnen ergab als Minimum 712,80 M. pro Jahr, verdient würde jedoch bei zwölf bis sechzehnständiger Arbeitszeit in den meisten Fällen nicht mehr wie 8 M. pro Woche. Nach der Diskussion erlediigte die Versammlung noch einige Ergänzungswahlen zur Agitationskommission. Nach der Erledigung des Punktes „Verschiedenes“ schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

### Der Fachverein der Bucher hielt am 8. Februar seine

regelmäßige Versammlung ab. Genosse Robert Schmidt hielt einen Vortrag über das Thema „Auf dem Arbeitsmarkt“. Der Referent führte aus: Auf dem Arbeitsmarkt stehen sich, gleich wie auf anderen Märkten, Käufer und Verkäufer gegenüber, nur mit dem Unterschiede, daß hier die Waare die Arbeitskraft ist, jedoch kann hier von keinem freien Verkauf die Rede sein, denn der Verkäufer (d. h. der Arbeiter) muß auf alle Fälle leben und um das zu ermöglichen, muß er seine Arbeitskraft unterwerthig verkaufen. Wodurch kommt nun die Arbeitslosigkeit, welches sind ihre Ursachen? Der Kapitalist hat das größte Interesse daran, daß immer eine bedeutende Reserve-Armee von Arbeitslosen vorhanden ist, um billiges Arbeitermaterial zu erhalten. Die Gewerkschaftsbewegung ist die Schule für die Politik und der erste Faktor, den Kapitalisten etwas abzutrotzen, denn gutwillig geben sie nichts her. Daß sie in der Lage sind, mehr zu geben, das beweisen uns die statistischen Zahlen. Das Anlagekapital vermehrt sich von Jahr zu Jahr um Milliarden und der Arbeiter bekommt immer weniger Lohn.

So spricht man in Kapitalistenkreisen nur von der Arbeiterbegehrlichkeit, aber die Begehrlichkeit der Bourgeoisie übergeht man mit Schweigen. Um ein Beispiel anzuführen, so ist es die Dresdener Bank, welche ihren Direktoren die Kleinigkeit von sage 193 119 M. Lantime neben ihrem Gehalt von jährlich 30 000 M. bezahlt. Als einer der Aktionäre an das Gehgeßel der Direktoren appellirte, indem er meinte, das wäre doch ein wenig viel und die Sozialdemokraten würden wieder Stoff zur Agitation haben, da meinten die Herren, daß ihre Arbeitskraft so viel verbraucht wäre. Wir leben hier auf der einen Seite hohen Entbehrungslohn und auf der anderen Seite Krüppel, die noch nicht 600 M. pro Jahr verdienen. Deshalb müssen wir dahin wirken, diese Zustände aus der Welt zu schaffen und genossenschaftliche Arbeit einzuführen. Von keiner Diskussion wurde Abstand genommen. — In Vereinsangelegenheiten wurde Rathehalt aus dem Verein ausgeschloffen, weil er gegen die Interessen des Vereins gefehlt hat.

In die Unterfütterungskommission wurde an Stelle des Kollegen A. Buchholz der Kollege Schimanski gewählt.

Nachdem noch drei Unterfütterungsgesuche mit je 20 M. bewilligt waren, kamen noch ein paar Fälle zur Sprache, wo Kollegen unter dem tarifmäßigen Tageslohn arbeiten. Die Kollegen möchten doch mehr zusammen halten und nach dem langen Winter nicht noch unter dem Tarife arbeiten. Wegen vorgeschrittener Zeit wurde beantragt, diesen Punkt zur nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen.

### Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Lackirer

Berlins und Umgegend tagte am 2. Februar in Neper's Salon unter Vorsitz des Kollegen Jungermann mit folgender Tagesordnung: 1. Die Ursachen der Gewerkschaftsorganisation. 2. Verschiedenes. 3. Bericht der Referenten. 4. Bericht des Referenten. Zum 1. Punkt nahm der Referent das Wort. Er führte zunächst die schlechten Zustände an, welche jetzt herrschen. Ferner kam er auf das Innungswesen zurück, was aber heute nicht mehr maßgebend sei; denn heute bilden die Kapitalisten und Fabrikanten einen Ring, um den Arbeiter auszunutzen. Daher sei es an der Zeit, daß sich alle Gewerkschaften so viel wie möglich „zentralisiren“, um dann geschlossen vorzugehen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung sämtlicher Lackirer Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und verpflichtet, infolge des immer größeren Zusammenschließens der Großunternehmer, um den Arbeiter in seinen gerechten Forderungen zu unterdrücken, für eine einheitliche Organisation einzutreten, um den Großkapitalisten mit aller Energie entgegenzutreten. Koll. Ulrich erstattete Bericht über die bisherige Agitationskommission. Da die Agitationskommission ihr Amt niedergelegt hatte, wurde Koll. Knuthenhaus als Vertrauensmann gewählt. Ein Antrag, den Ueberfluß der Kommission dem Vertrauensmann zu geben, wurde angenommen. Im „Verschiedenen“ führt die Koll. Jakob und F. Müller an, daß sie ihr Amt als Delegierte der Berliner Streik-Kontrollkommission niederlegen. Es entspann sich hierüber eine sehr lebhaft Debatte. Es wurde sodann Koll. Devit gewählt. Der Vorsitzende theilte der Versammlung mit, daß sich der Fachverein zu Gunsten des Vereins der Lackirer Filiale IV. Vereinigung der deutschen Maler, Lackirer, Anstreicher und verw. Berufsgenossen auflösen wird. Hierauf schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

## Literarisches.

Berliner Volks-Tribüne, Sozialpolitisches Wochenblatt, Redaktion und Expedition Elisabeth-Ufer 55.

Die heute erscheinende Nr. 7 enthält folgende Artikel: Aus der Woche. — Der Boulangismus und die Revolution. — Die Kartelle. — Glend in London. — Fabrikgesetzgebung in Britisch-Indien. — Die Arbeitslöhne in Paris. — Der „Nationalreichtum Nordamerikas“. — Literarisches. — Gedicht. — Novelle. — Der russische Markt. — Aus finsternen Zeiten. — Die englische Wohnungs-Gesetzgebung. — Triviale Streits. — Vom Reichthum.